

Nomos**GESETZE**

Sodan

Öffentliches, Privates und Europäisches

Wirtschaftsrecht

26. Auflage



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Helge Sodan,
Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a.D.

Nomos**GESETZE**

Prof. Dr. Helge Sodan

Öffentliches, Privates und Europäisches
Wirtschaftsrecht

26. Auflage

Stand: 24. Juni 2026



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-2089-8

26. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 26. Auflage 2026

Die im Jahr 1998 erstmals erschienene universale Textsammlung zum Öffentlichen, Privaten und Europäischen Wirtschaftsrecht erfreut sich nach wie vor einer regen Nachfrage. Dies ist angesichts der immer stärkeren Nutzung von Gesetzestexten über das Internet keineswegs selbstverständlich. Die mittlerweile 26. Auflage behält die bisherige Struktur im Wesentlichen bei und befindet sich auf dem Rechtsstand vom 24. Juni 2026.

Von den gegenüber der letzten Auflage aus dem Jahr 2025 berücksichtigten Änderungen der Rechtstexte verdienen besondere Erwähnung:

- die Änderungen des *Bundes-Immissionsschutzgesetzes* durch Art. 1 des Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz sowie für Planverfahren nach dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 12. August 2025;
- die Modifizierungen des *Bürgerlichen Gesetzbuchs* durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts sowie zur Änderung des Behandlungsvertragsrechts vom 3. Februar 2026;
- die Modifizierungen des *Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb* durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 12. Februar 2026; die Änderungen werden jedoch nach Art. 2 dieses Gesetzes mit einer Ausnahme erst am 27. September 2026 in Kraft treten;
- die Änderungen des *Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen* durch Art. 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 12. Mai 2026.

In die Textsammlung *neu aufgenommen* wurde unter Nr. 90a das *Gesetz zur Sicherung der Tariftreue bei der Vergabe und Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen des Bundes (Bundestariftreuegesetz – BTTG)*, welches durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz) vom 27. April 2026 beschlossen wurde.

Nach wie vor ist die Auswahl der Texte an den Bedürfnissen der an den Universitäten und sonstigen Hochschulen Studierenden sowie ihrer Dozenten und der in der Praxis Tätigen ausgerichtet, die bei ihrer Beschäftigung mit dem Öffentlichen, Privaten und Europäischen Wirtschaftsrecht eine kompakte Textausgabe benötigen.

Für die unverändert wohlwollende und stets zuverlässige Förderung des Projekts danke ich erneut der Nomos Verlagsgesellschaft und ihrem Juristischen Lektorat, insbesondere Frau Rechtsanwältin *Charlotte Frickinger* und Frau *Melanie Wohlfahrt*.

Berlin, im Juni 2026

Helge Sodan

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 1998

Schon seit langem verlangen Wirtschaftsstudium und -praxis nach einer handlichen und umfassenden, preisgünstigen Textausgabe, welche das wesentliche private und öffentliche Recht der Wirtschaft zusammenfaßt. Die Vielfalt und Unübersichtlichkeit der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfordern eine überschaubare Universalausgabe dieser Rechtstexte. Dabei ist die textliche Zusammenfassung nicht nur praktikabler, sondern gerade um der Einheit der Rechtsordnung willen geboten. Privatrecht und Öffentliches Recht stehen in einem untrennbaren Zusammenhang, so daß eine universale Textausgabe nur dieser einheitlichen Natur der Sache gerecht zu werden versucht. Der überbordenden, die Rechtseinheit und Rechtswirksamkeit gefährdenden Zersplitterung, Spezialisierung und Fragmentierung des an sich einheitlichen, systematischen und zusammenhängenden Rechts soll diese Textsammlung entgegenwirken.

Diesem Anspruch gemäß ist die Textsammlung systematisch angeordnet. Die für Studium und Praxis der Wirtschaft relevanten Rechtstexte sind absteigend vom Allgemeinen zum Besonderen hin, vom Verfassungsrecht über das Europarecht bis hin zum Verwaltungsrecht und Privatrecht, aufgeführt. [...]

Für die Auswahl der Texte waren u. a. meine Erfahrungen maßgebend, welche ich durch jahrelange Lehr- und Prüfungstätigkeit am Institut für Wirtschaftsrecht der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie als Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin gewinnen konnte. Insofern richtet sich diese Textausgabe an die Studierenden der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge, in denen vielfältige Rechtskenntnisse verlangt werden, und naturgemäß an Studierende der Rechtswissenschaft. [...]

Berlin, im August 1998

Helge Sodan

Inhalt

A. Verfassungsrecht

10	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	GG	9
----	--	----	---

B. Europarecht

20	Vertrag über die Europäische Union	EUV	60
21	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	AEUV	84
22	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	EMRK	188
23	Europäische Grundrechtecharta	EU-GR-Charta	201

C. Verfassungsprozessrecht

30	Bundesverfassungsgerichtsgesetz	BVerfGG	210
----	---------------------------------	---------	-----

D. Deutsches Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht

40	Verwaltungsverfahrensgesetz	VwVfG	239
41	Verwaltungszustellungsgesetz	VwZG	274
42	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz	VwVG	278
43	Verwaltungsgerichtsordnung	VwGO	284
50	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	StabG	332
51	Gesetz über die Deutsche Bundesbank	BBankG	338
52	Gewerbeordnung	GewO	351
53	Handwerksordnung (Auszug: §§ 1 – 118a, Anlagen)	HwO	435
54	Gaststättengesetz	GastG	507
55	Jugendschutzgesetz	JuSchG	514
56	Subventionengesetz	SubvG	533
57	Bundes-Immissionsschutzgesetz	BImSchG	535

E. Deutsches Privatrecht

60	Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug: §§ 1 – 1296, 1353, 1626 – 1629)	BGB	604
61	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (Auszug: Art. 3 – 38, 236)	EGBGB	918
62	Handelsgesetzbuch (Auszug: §§ 1 – 475h)	HGB	927
63	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch	EGHGB	1110
64	Produkthaftungsgesetz	ProdHaftG	1143
65	Unterlassungsklagengesetz	UKlaG	1147
70	Aktiengesetz	AktG	1163
71	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	GmbHG	1294
72	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz	PartGG	1327
80	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	UWG	1330
81	Markengesetz	MarkenG	1352
82	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	GWB	1410

Inhalt			8
83	Vergabeverordnung	VgV	1525
90	Tarifvertragsgesetz	TVG	1568
90a	Bundestariffreuegesetz	BTTG	1573
91	Kündigungsschutzgesetz	KSchG	1580
	Register		1589

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

(BGBl. III/FNA 100-1)

zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG (Art. 109, 115, 143h) vom 22. März 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 94)

Nichtamtliche Inhaltsübersicht

	Präambel	Art. 28	Verfassung der Länder
I. Die Grundrechte		Art. 29	Neugliederung des Bundesgebietes
Art. 1	Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung	Art. 30	Funktionen der Länder
Art. 2	Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person	Art. 31	Vorrang des Bundesrechts
Art. 3	Gleichheit vor dem Gesetz	Art. 32	Auswärtige Beziehungen
Art. 4	Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Kriegsdienstverweigerung	Art. 33	Staatsbürgerliche Rechte
Art. 5	Recht der freien Meinungsäußerung, Medienfreiheit, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	Art. 34	Haftung bei Amtspflichtverletzung
Art. 6	Ehe, Familie, nicht eheliche Kinder	Art. 35	Rechts- und Amtshilfe
Art. 7	Schulwesen	Art. 36	Beamte der Bundesbehörden
Art. 8	Versammlungsfreiheit	Art. 37	Bundeszwang
Art. 9	Vereinigungsfreiheit	III. Der Bundestag	
Art. 10	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	Art. 38	Wahl
Art. 11	Freizügigkeit	Art. 39	Zusammentritt und Wahlperiode
Art. 12	Berufsfreiheit	Art. 40	Präsident; Geschäftsordnung
Art. 12a	Dienstverpflichtungen	Art. 41	Wahlprüfung
Art. 13	Unverletzlichkeit der Wohnung	Art. 42	Öffentlichkeit der Sitzungen; Mehrheitsprinzip
Art. 14	Eigentum, Erbrecht und Enteignung	Art. 43	Anwesenheit der Bundesregierung
Art. 15	Sozialisierung, Überführung in Gemeineigentum	Art. 44	Untersuchungsausschüsse
Art. 16	Ausbürgerung, Auslieferung	Art. 45	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Art. 16a	Asylrecht	Art. 45a	Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung
Art. 17	Petitionsrecht	Art. 45b	Wehrbeauftragter des Bundestages
Art. 17a	Grundrechtseinschränkungen bei Wehr- und Ersatzdienst	Art. 45c	Petitionsausschuss des Bundestages
Art. 18	Verwirkung von Grundrechten	Art. 45d	Parlamentarisches Kontrollgremium
Art. 19	Einschränkung von Grundrechten; Grundrechtsträger; Rechtsschutz	Art. 46	Indemnität und Immunität der Abgeordneten
II. Der Bund und die Länder		Art. 47	Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten
Art. 20	Bundesstaatliche Verfassung; Widerstandsrecht	Art. 48	Ansprüche der Abgeordneten
Art. 20a	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	Art. 49	[aufgehoben]
Art. 21	Parteien	IV. Der Bundesrat	
Art. 22	Bundeshauptstadt, Bundesflagge	Art. 50	Aufgabe
Art. 23	Verwirklichung der Europäischen Union; Beteiligung des Bundesrates, der Bundesregierung	Art. 51	Zusammensetzung
Art. 24	Übertragung von Hoheitsrechten; kollektives Sicherheitssystem; internationale Schiedsgerichtsbarkeit	Art. 52	Präsident; Beschlussfassung; Bildung einer Europakammer
Art. 25	Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts	Art. 53	Teilnahme der Bundesregierung
Art. 26	Verbot des Angriffskrieges	IVa. Gemeinsamer Ausschuß	
Art. 27	Handelsflotte	Art. 53a	Gemeinsamer Ausschuss
		V. Der Bundespräsident	
		Art. 54	Wahl durch die Bundesversammlung
		Art. 55	Berufs- und Gewerbeverbot
		Art. 56	Amtseid
		Art. 57	Vertretung
		Art. 58	Gegenzeichnung
		Art. 59	Völkerrechtliche Vertretungsmacht
		Art. 59a	[aufgehoben]

- Art. 60 Ernennung der Bundesrichter,
Bundesbeamten und Soldaten;
Begnadigungsrecht
Art. 61 Anklage vor dem
Bundesverfassungsgericht

VI. Die Bundesregierung

- Art. 62 Zusammensetzung
Art. 63 Wahl des Bundeskanzlers
Art. 64 Ernennung der Bundesminister
Art. 65 Verantwortung
Art. 65a Befehls- und Kommandogewalt über die
Streitkräfte
Art. 66 Berufs- und Gewerbeverbot
Art. 67 Misstrauensvotum
Art. 68 Auflösung des Bundestages
Art. 69 Stellvertreter des Bundeskanzlers

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

- Art. 70 Gesetzgebung des Bundes und der Länder
Art. 71 Ausschließliche Gesetzgebung
Art. 72 Konkurrierende Gesetzgebung
Art. 73 Gegenstände der ausschließlichen
Gesetzgebung
Art. 74 Gegenstände der konkurrierenden
Gesetzgebung
Art. 74a, 75 [aufgehoben]
Art. 76 Gesetzesvorlagen
Art. 77 Verfahren bei Gesetzesbeschlüssen
Art. 78 Zustandekommen von Bundesgesetzen
Art. 79 Änderungen des Grundgesetzes
Art. 80 Erlass von Rechtsverordnungen
Art. 80a Spannungsfall
Art. 81 Gesetzgebungsnotstand
Art. 82 Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze

VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

- Art. 83 Grundsatz der Landeseigenverwaltung
Art. 84 Landeseigenverwaltung und
Bundesaufsicht
Art. 85 Landesverwaltung im Bundesauftrag
Art. 86 Bundesverwaltung
Art. 87 Gegenstände der Bundesverwaltung
Art. 87a Streitkräfte
Art. 87b Bundeswehrverwaltung
Art. 87c Bestimmungen über Erzeugung und
Nutzung der Kernenergie
Art. 87d Luftverkehrsverwaltung
Art. 87e Eisenbahnen des Bundes
Art. 87f Post und Telekommunikation
Art. 88 Bundesbank
Art. 89 Bundeswasserstraßen
Art. 90 Bundesautobahnen und Bundesstraßen
Art. 91 Abwehr von Gefahren für den Bestand des
Bundes oder eines Landes

VIIIa. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit

- Art. 91a Mitwirkungsbereiche des Bundes bei
Länderaufgaben
Art. 91b Bildungsplanung und
Forschungsförderung

- Art. 91c Informationstechnische Systeme
Art. 91d Leistungsvergleich
Art. 91e Zusammenwirken hinsichtlich der
Grundsicherung für Arbeitsuchende

IX. Die Rechtsprechung

- Art. 92 Gerichtsorganisation
Art. 93 Zuständigkeit des
Bundesverfassungsgerichts
Art. 94 Zusammensetzung des
Bundesverfassungsgerichts
Art. 95 Oberste Gerichtshöfe des Bundes
Art. 96 Weitere Bundesgerichte
Art. 97 Unabhängigkeit der Richter
Art. 98 Rechtsstellung der Richter
Art. 99 Landesrechtliche Zuweisung
von Streitigkeiten an das
Bundesverfassungsgericht oder die
obersten Gerichtshöfe des Bundes
Art. 100 Verfassungswidrigkeit von Gesetzen
Art. 101 Ausnahmegerichte
Art. 102 Abschaffung der Todesstrafe
Art. 103 Grundrechte vor Gericht
Art. 104 Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung

X. Das Finanzwesen

- Art. 104a Ausgabenverteilung; Lastenverteilung
Art. 104b Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen
der Länder
Art. 104c Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen
der Länder im Bereich der kommunalen
Bildungsinfrastruktur
Art. 104d Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen
der Länder im Bereich des sozialen
Wohnungsbaus
Art. 105 Gesetzgebungsrecht
Art. 106 Verteilung des Steueraufkommens und des
Ertrages der Finanzmonopole
Art. 106a Bundeszuschuss für öffentlichen
Personennahverkehr
Art. 106b Länderanteil an der Kraftfahrzeugsteuer
Art. 107 Finanzausgleich; Ergänzungszuweisungen
Art. 108 Finanzverwaltung
Art. 109 Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern
Art. 109a Haushaltsnotlagen
Art. 110 Haushaltsplan des Bundes
Art. 111 Ausgaben vor Beschluss des
Haushaltsplans
Art. 112 Überplanmäßige und außerplanmäßige
Ausgaben
Art. 113 Ausgabenerhöhungen;
Einnahmемinderungen
Art. 114 Rechnungslegung; Bundesrechnungshof
Art. 115 Kreditbeschaffung

Xa. Verteidigungsfall

- Art. 115a Feststellung des Verteidigungsfalles
Art. 115b Übergang der Befehls- und
Verteidigungsgewalt
Art. 115c Erweiterte
Bundesgesetzgebungskompetenz

- Art. 115d Vereinfachtes Bundesgesetzgebungsverfahren
- Art. 115e Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses
- Art. 115f Erweiterte Befugnisse der Bundesregierung
- Art. 115g Stellung des Bundesverfassungsgerichts
- Art. 115h Wahlperioden und Amtszeiten
- Art. 115i Erweiterte Befugnisse der Landesregierungen
- Art. 115k Geltung von Gesetzen und Rechtsverordnungen des Verteidigungsfalls
- Art. 115l Aufhebung von Maßnahmen und Beendigung des Verteidigungsfalls

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

- Art. 116 Begriff des „Deutschen“; nationalsozialistische Ausbürgerung
- Art. 117 Übergangsregelung zu Art. 3 Abs. 2 und Art. 11
- Art. 118 Neugliederung der badischen und württembergischen Länder
- Art. 118a Neugliederung Berlins und Brandenburgs
- Art. 119 Flüchtlinge und Vertriebene
- Art. 120 Kriegsfolge- und Sozialversicherungslasten; Ertragshoheit
- Art. 120a Lastenausgleich
- Art. 121 Begriff der Mehrheit
- Art. 122 Bisherige Gesetzgebungskompetenzen
- Art. 123 Fortgeltung des alten Rechts
- Art. 124 Altes Recht aus dem Gebiet der ausschließlichen Gesetzgebung
- Art. 125 Altes Recht aus dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung
- Art. 125a Fortgeltung von Bundesrecht; Ersetzung durch Landesrecht
- Art. 125b Fortgeltung von Bundesrecht; abweichende Regelungen durch die Länder
- Art. 125c Fortgeltung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Gemeindeverkehrsfinanzierung und der sozialen Wohnraumförderung
- Art. 126 Streit über das Fortgelten des alten Rechts
- Art. 127 Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
- Art. 128 Fortbestehen von Weisungsrechten
- Art. 129 Fortgeltung von Ermächtigungen zu Rechtsverordnungen
- Art. 130 Überleitung von Verwaltungs- und Rechtspflegeeinrichtungen
- Art. 131 Frühere Angehörige des Öffentlichen Dienstes
- Art. 132 Ausschluss aus dem Öffentlichen Dienst
- Art. 133 Rechtsnachfolge, Vereinigtes Wirtschaftsgebiet

- Art. 134 Rechtsnachfolge in das Reichsvermögen
- Art. 135 Vermögen bei Änderung des Gebietsstandes
- Art. 135a Verbindlichkeiten des Reichs und anderer Körperschaften
- Art. 136 Erster Zusammentritt des Bundesrates
- Art. 137 Beschränkung der Wählbarkeit von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes
- Art. 138 Süddeutsches Notariat
- Art. 139 Entnazifizierungsvorschriften
- Art. 140 Übernahme von Glaubensbestimmungen der Weimarer Verfassung
- Art. 141 Religionsunterricht
- Art. 142 Grundrechte in Landesverfassungen
- Art. 142a *[aufgehoben]*
- Art. 143 Sondervorschriften für neue Bundesländer und Ost-Berlin
- Art. 143a Übergangsvorschriften für Bundeseisenbahnen
- Art. 143b Umwandlung der Deutschen Bundespost
- Art. 143c Übergangsvorschriften wegen Wegfalls der Finanzhilfen durch den Bund
- Art. 143d Übergangsvorschriften zu Konsolidierungs- und Sanierungshilfen
- Art. 143e Übergangsvorschrift wegen Umwandlung der Auftragsverwaltung für die Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Bundesverwaltung
- Art. 143f Bedingtes Außerkrafttreten des Art. 143d GG, des FAG und sonstiger aufgrund von Art. 107 Abs. 2 GG erlassener Gesetze
- Art. 143g Anwendung des Art. 107 GG
- Art. 143h Sondervermögen für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur
- Art. 144 Annahme des Grundgesetzes; Beschränkungen in der Anwendung des Grundgesetzes
- Art. 145 Inkrafttreten des Grundgesetzes
- Art. 146 Geltungsdauer des Grundgesetzes

Anhang:

Gemäß Art. 140 GG weitergeltende Artikel der Weimarer Reichsverfassung

- Art. 136 Religionsunabhängigkeit von Rechten und Pflichten
- Art. 137 Religionsgesellschaften
- Art. 138 Staatsleistungen; Kirchengut
- Art. 139 Sonn- und Feiertagsruhe
- Art. 141 Religiöse Handlungen in öffentlichen Anstalten

[Verkündungsformel]

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausfertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Abs. 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

¹Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

²Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. ³Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

I.

Die Grundrechte

Artikel 1 [Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung]

(1) ¹Die Würde des Menschen ist unantastbar. ²Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2 [Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person]

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) ¹Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. ²Die Freiheit der Person ist unverletzlich. ³In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3 [Gleichheit vor dem Gesetz]

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) ¹Männer und Frauen sind gleichberechtigt. ²Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) ¹Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. ²Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4 [Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Kriegsdienstverweigerung]

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) ¹Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. ²Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5 [Recht der freien Meinungsäußerung, Medienfreiheit, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit]

(1) ¹Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. ²Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. ³Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) ¹Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. ²Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6 [Ehe, Familie, nicht eheliche Kinder]

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) ¹Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. ²Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen¹⁾ Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7 [Schulwesen]

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) ¹Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. ²Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. ³Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) ¹Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. ²Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. ³Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. ⁴Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8 [Versammlungsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9 [Vereinigungsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) ¹Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. ²Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. ³Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich

1) Der Begriff „unehelich“ ist durch Art. 9 § 2 G zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge v. 18.7.1979 (BGBl. I S. 1061) in allen Bundesgesetzen mit Ausnahme des GG durch den Begriff „nicht ehelich“ ersetzt worden.

nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10 [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis]

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) ¹Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. ²Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11 [Freizügigkeit]

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12 [Berufsfreiheit]

(1) ¹Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. ²Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a [Dienstverpflichtungen]

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) ¹Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. ²Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) ¹Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. ²Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) ¹Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. ²Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) ¹Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. ²Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. ³Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) ¹Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. ²Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13 [Unverletzlichkeit der Wohnung]

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) ¹Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. ²Die Maßnahme ist zu befristen. ³Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. ⁴Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) ¹Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. ²Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) ¹Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. ²Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) ¹Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. ²Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. ³Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14 [Eigentum, Erbrecht und Enteignung]

(1) ¹Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. ²Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) ¹Eigentum verpflichtet. ²Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) ¹Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. ²Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. ³Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. ⁴Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15 [Sozialisierung, Überführung in Gemeineigentum]

¹Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. ²Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16 [Ausbürgerung, Auslieferung]

(1) ¹Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. ²Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) ¹Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. ²Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a [Asylrecht]

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) ¹Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. ²Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. ³In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) ¹Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. ²Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) ¹Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. ²Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17 [Petitionsrecht]

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a [Grundrechtseinschränkungen bei Wehr- und Ersatzdienst]

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18 [Verwirkung von Grundrechten]

¹Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. ²Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19 [Einschränkung von Grundrechten; Grundrechtsträger; Rechtsschutz]

- (1) ¹Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. ²Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
- (2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
- (3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
- (4) ¹Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. ²Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. ³Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

II.

Der Bund und die Länder

Artikel 20 [Bundesstaatliche Verfassung; Widerstandsrecht]

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) ¹Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. ²Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 20a [Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen]

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Artikel 21 [Parteien]

- (1) ¹Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ²Ihre Gründung ist frei. ³Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. ⁴Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) ¹Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. ²Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Artikel 22 [Bundeshauptstadt, Bundesflagge]

- (1) ¹Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin. ²Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. ³Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.
- (2) Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.

Artikel 23 [Verwirklichung der Europäischen Union; Beteiligung des Bundesrates, der Bundesregierung]

- (1) ¹Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. ²Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. ³Für die Begründung der Europä-

ischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

(1a) ¹Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben. ²Der Bundestag ist hierzu auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet. ³Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für die Wahrnehmung der Rechte, die dem Bundestag und dem Bundesrat in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt sind, Ausnahmen von Artikel 42 Abs. 2 Satz 1 und Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 zugelassen werden.

(2) ¹In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. ²Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) ¹Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtsetzungsakten der Europäischen Union. ²Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.

(5) ¹Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. ²Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. ³In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmeminderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) ¹Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind, wird die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen. ²Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Artikel 24 [Übertragung von Hoheitsrechten; kollektives Sicherheitssystem; internationale Schiedsgerichtsbarkeit]

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Artikel 25 [Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts]

¹Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. ²Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf die laufenden Nummern der Gesetze (vgl. Inhaltsverzeichnis), die **mageren** auf die Artikel, Paragraphen und Nummern. Nähere Hinweise zu Unterstichworten sind kursiv gedruckt.

Abänderungsbeschluss GmbH-Vertrag **71** 53–59

Abberufung Abschlussprüfer **62** 318, Aufsichtsratsmitglieder **70** 103, Liquidator, GmbH **71** 66, von ehrenamtlicher Tätigkeit **40** 86, Vorstand **70** 84

Abfallbewirtschaftung **21** 192

Abfindung Aktionär **70** 305, 320b, 327b, Arbeitnehmer **91** 9 ff., betriebsbedingte Kündigung **91** 1a, Eingliederung **70** 320a, Gesellschafter der GmbH **71** 33, Schadensersatz **60** 843, Unternehmensvertrag **70** 293a ff.

Abgaben **21** 110 ff., 192, gleicher Wirkung wie Zölle **21** 29, 30

Abgeordneter Entschädigung **10** 48, Immunität **10** 46, In demnität **10** 46, Kandidatur **10** 48, Mandatsschutz **10** 48, Wahl **10** 38, Wahlprüfung **10** 41, Zeugnisverweigerungsrecht **10** 47

Abgestimmte Verhaltensweisen **21** 101

Abhanden gekommene Wertpapiere **62** 367

Abhandenkommen Sachen, Eigentumsverlust **60** 935, 1006, 1007, Schuldverschreibung **60** 799

Abhängige Unternehmen **70** 17, 308 ff., Aktienübernahme für Rechnung **70** 56

Abhilfe Beschwerde **43** 148, Widerspruch **43** 72

Abhilferecht Reisender **60** 651c

Abkauf Überbau **60** 915

Abkommen **21** 217, s. *Übereinkünfte*

Ablaufhemmung Verjährungsfristen **60** 210 ff.

Ablehnung Auftrag, Anzeigepflicht **60** 663, Berufung zum ehrenamtlichen Richter **43** 23, Eintragung der GmbH **71** 9c, Eintragung von Abänderungen, GmbH **71** 57a, Gerichtspersonen **43** 54, Richter wegen Befangenheit **30** 19

Ablehnungsandrohung Verzug, gegenseitiger Vertrag **60** 323

Ablichtung Beglaubigung **40** 33

Ablieferung Rechte des Finders **60** 975, Untersuchung nach **62** 377 f., Ware an Kommissionär **62** 388

Ablieferungshindernis **62** 419

Ablieferungspflicht Finder **60** 967

Ablieferungszeit **62** 376

Ablösesumme Rentenschuld **60** 1199

Ablösungsrecht Hypothek **60** 1142, 1150, Pfandrecht **60** 1249, Rentenschuld **60** 1199 ff., Zwangsvollstreckung **60** 268

Abmahnung **80** 13

Abmarkung **60** 919

Abnahme Kaufsache **60** 433, Vollendung statt **60** 646, Ware beim Handelskauf **62** 373, Werk **60** 640

Abnahmespflicht Besteller **60** 640, Kauf **60** 533

Abnutzung geliehene Sache **60** 602, Mietsache **60** 538, Nießbrauchsache **60** 1050

Abrechnung Handelsvertreterprovision **62** 87c

Abschiebung Schutz bei – **23** 19

Abschlagszahlung Bilanzgewinn **70** 59, Werkvertrag **60** 632a

Abschluss Unternehmensverträge **70** 293 f., Vertrag **60** 145 ff.

Abschlussprüfer Anwesenheit bei Hauptversammlung **70** 176, Auskunftspflicht **62** 320, Auswahl, Ausschluss **62** 319, Bestätigungsvermerk **62** 322, Bestellung durch Gründer **70** 30, Bestellung und Abberufung **62** 318, Jahresabschluss **62** 316, Kapitalgesellschaft **62** 316–324,

Lagebericht **62** 316, Meinungsverschiedenheiten mit Kapitalgesellschaft **62** 324, Prüfung bei verbundenen Unternehmen **70** 313, Prüfungsbericht **62** 321, 321a, Prüfungspflicht **62** 316, Strafbarkeit **62** 332, 333, Umfang der Prüfung **62** 317, Verantwortlichkeit, Verschwiegenheit **62** 323, Vergütung **62** 318

Abschlussprüferaufsichtsstelle Mitteilungen an die – **62** 335c, **70** 407a, **71** 88

Abschlussprüfung **70** 313 ff., bei Unternehmen von öffentlichem Interesse **62** 316a, GmbH **71** 42a, Verletzung der Pflichten **62** 333a, **70** 404a, Verletzung der Pflichten bei – **71** 86

Abschlussvollmacht Handelsrecht **62** 55

Abschreibung bei Bilanzerstellung **62** 253 ff., Geschäfts- oder Firmenwert **62** 309, steuerrechtliche **62** 254

Abschrift aus Gerichtsakten **43** 100, Beglaubigung **40** 33, Vereinsregister **60** 79

Absendung Ausführungsanzeige beim Kommissionsgeschäft **62** 405

Absolutes Schutzhindernis Markenschutz **81** 8, 37, 50, 54, 106, 113

Abstammung **61** 19

Abstimmung **30** 17, **43** 55, GmbH **71** 47, 48

Abstimmungen (Rat) **20** 16, **21** 126, 238

Abstimmungsverhalten **70** 134b

Abstrakte Normenkontrolle **10** 93, **30** 13 Nr. 6, 76 ff., Gelegenheit zur Äußerung **30** 77

Abtretung Aufrechnung gegenüber neuem Gläubiger nach **60** 406, Auskunftspflicht **60** 402, Ausschluss bei Inhaltsänderung oder Vereinbarung **60** 399, Ausschluss bei unpfändbaren Forderungen **60** 400, Einwendungen des Schuldners **60** 404, Ersatzansprüche **60** 255, Forderung **60** 398 ff., **61** 33, Forderung im Hypothekenrecht **60** 1154, 1155, Gehalt **60** 411, Geschäftsanteile, GmbH **71** 15, 16, Herausgabeanspruch **60** 931, Leistung an den bisherigen Gläubiger nach **60** 407, mehrfache **60** 408, Pflicht zur Beurkundung **60** 403, Übergang der Neben- und Vorzugsrechte bei **60** 401, Urkundenauslieferung bei **60** 402

Abtretungsanzeige **60** 409

Abtretungsurkunde Aushändigung **60** 410

Abwehranspruch privatrechtlicher **57** 14

Abwickler AG **70** 265 ff., Geheimhaltungspflicht **70** 404, Ordnungswidrigkeiten **70** 405, Strafbarkeit **70** 399, 400, Strafvorschriften **70** 399 ff., Vertretung AG **70** 269, Vorlage der Eröffnungsbilanz **70** 270, Zwangsgeld **70** 407

Abwicklung AG **70** 264 ff., Komm AG **70** 290

actio de dolo **60** 826, depositi **60** 695, empti **60** 433, furti **60** 823, negatoria **60** 1004, pro socio **60** 705, venditi **60** 433

Agent **62**, s. *Handelsvertreter*

Agentenmarken **81** 11

Aggressive geschäftliche Handlungen **80** 4a

Agio **70** 150 ff.

Akteneinsicht **43** 100, außerhalb des Verfahrens **30** 35a ff., Berechtigte **30** 35b, Beschwerdeverfahren **82** 70, durch Beteiligte **40** 29, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte **22** 40, Markenrecht **81** 62, Patentgerichtsentscheidung **81** 82, Verfahren vor Kartellbehörde **82** 56,

Akteneinsichtsrecht

verfassungsgerichtliches Verfahren **30** 20, Versendung von Aktien **30** 35b

Akteneinsichtsrecht **43** 100

Aktienführung elektronische **43** 55b

Aktien Aufgebotsverfahren **70** 72 f., 226, Ausgabebetrag **70** 9, Berichterstattung **70** 160, beschädigte, verunstaltete **70** 74, besonderer Gattung **70** 11, Bezugs- **70** 192–201, Bezugsrecht **70** 186, eigene **70** 56, 71–71e, 160, 215, Eintragung **70** 67, Einziehung **70** 71c f., 237 ff., Erwerb eigener **70** 71, 160, Erwerb eigener – durch Dritte **70** 71c, Gewährung zusätzlicher – **70** 255a, Grundkapitalerhöhung **70** 185, 220, Inhaber **70** 10, Inpfandnahme **70** 71c, Kaduzierungsverfahren **70** 64 ff., Kapitalerhöhung zur Gewährung zusätzlicher – **70** 255b, Kapitalherabsetzung **70** 72 f., 226, 237 ff., Kraftloserklärung **70** 72, 73, 226, Mehrstimmrechtsaktien **70** 12, Mindestnennbetrag **70** 8, Namens- **70** 10, 67, Nennbetrag **70** 6, 23, neue Urkunde **70** 74, Ordnungswidrigkeiten **70** 405, Rechte aus eigenen **70** 71b, Rechtsgemeinschaft **70** 69, Rechtsverhältnisse bei eigenen **70** 71–71e, Schadenersatzpflicht, Vorstand **70** 93, Stimmrecht **70** 12, teileingezeichnete **70** 215, Übernahme **70** 56, Übertragung **70** 68, Umgehungsgeschäfte **70** 71a, Umschreibung **70** 68, Unteilbarkeit **70** 8, Unterzeichnung **70** 13, Veräußerung **70** 71c f., Verbot der Zeichnung eigener **70** 56, verbotene Ausgabe **70** 41, 191, 197, 219, Vorzugsaktien **70** 11 f., 139–141, 204, Wertansatz neuer **70** 220, Zeichnung neuer **70** 185, Zerlegung des Grundkapitals der AG in **70** 1, Zwischenscheine **70** 10, 74, 191, 219

Aktienausgabe **70** 8 ff., Bezugsaktien **70** 199 ff., gegen Sacheinlagen **70** 205, Grundkapitalerhöhung auf bestimmten Nennbetrag **70** 202–206, verbotene **70** 41, 191, 197, 219, Wirksamwerden der bedingten Kapitalerhöhung **70** 200

Aktienbesitzzeit Berechnung **70** 70

Aktiengesellschaft börsennotierte –, Erklärung zur Unternehmensführung **62** 289f, ergänzende Vorgaben **62** 289a, ergänzende Vorschriften **62** 315a

Aktiengesellschaft (AG) Abwicklung **70** 264 ff., Aktienübernahme für Rechnung **70** 56, Änderung der Satzung **70** 9, 179 ff., Anhangsvorschriften **70** 160, Anmeldung **70** 36, 45, 81, 181, 195, 201, 210, 223, 239, 263, 277, Auflösung **70** 262–274, 396 ff., Aufsichtsrat **70** 95 ff., Ausgabe von Bezugsaktien **70** 201, Ausgabe von Gewinnschuldverschreibungen **70** 221, bedingte Kapitalerhöhung **70** 192–201, Beherrschungsvertrag **70** 291, Bekanntmachungen **70** 23, 25, 40, Besetzung von Organen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes **70** 393a, Betriebspachtvertrag **70** 292, Betriebsüberlassungsvertrag **70** 292, Beziehung zu verbundenen Unternehmen (Konzernen) **70** 291 ff., Eigenschaft als Kaufmann **62** 6, Eingliederung in andere AG **70** 319 ff., Eintragung der Auflösung **70** 263, 398, Eintragung des Schlusses der Abwicklung **70** 273, Eintragung des Vorstands **70** 81, Eintragung ins Handelsregister **70** 39 ff., 266, Erhöhung des Grundkapitals **70** 182 ff., 195, Eröffnungsbilanz **70** 270, Errichtung **70** 29, Ersatzansprüche gegen Aufsichtsrat, Vorstand und Gründer **70** 46–48, 50, 53, 117, 147, Erwerb eigener Aktien **70** 71, 93, Feststellung der Satzung **70** 23, Firma **70** 4, Fortsetzung einer aufgelösten **70** 274, Gegenstand des Unternehmens **70** 23, Geltendmachung von Ersatzansprüchen **70** 147, gerichtliches Vergleichsverfahren **70** 92, 401, Geschäftsführung **70** 77, gesetzliche Rücklagen **70** 231, 300, 324, Gewinn- und Verlustrechnung **70** 158, Gewinnabführungsvertrag **70** 291, Gewinngemeinschaft **70** 292, Gewinnverwendung **70** 174, Gründer **70** 2, 28, Grundkapital **70** 1, 6, 7, 23, 399, Gründung **70** 23 ff., Haftung für Verbindlichkeiten **70** 1, Handeln im Namen der – vor

Eintragung **70** 41, Handelsbücher, ergänzende Vorschriften **62** 264–335c, Hauptversammlung **70** 118 ff., Herabsetzung des Grundkapitals **70** 222 ff., Insolvenz **70** 62, 87, 92, 262 ff., 401, Jahresabschluss **70** 150–161, Jahresüberschuss **70** 58, Kaduzierungsverfahren **70** 64 ff., Kapitalbeschaffung **70** 182, Kapitalerhöhung **70** 182 ff., 192–201, Kapitalherabsetzung **70** 222–240, Kraftloserklärung von Aktien **70** 73, Leitung **70** 76, Mindestnennbetrag der Aktien **70** 8, Mindestnennbetrag des Grundkapitals **70** 7, mit ausländischem Sitz, Zweigniederlassungen **70** 44, Nachgründung **70** 52, 53, Nebenleistungs-AG **70** 55, 61, 180, Nennbetrag der Aktien **70** 8, 23, Nichtigkeit **70** 275 ff., Nichtigkeit des Jahresabschlusses **70** 241 ff., Nichtigkeit von Beschlüssen der Hauptversammlung **70** 241 ff., Rechtspersönlichkeit **70** 1, Rechtsverhältnisse **70** 53a–75, Sacheinlagen **70** 27, 41, 205, 206, 399, Satzung **70** 2, Satzungsänderung **70** 179 ff., Sitz **70** 5, 35, Sitzverlegung **70** 45, Sonderprüfung **70** 142 ff., 258 ff., Sperrjahr **70** 272, Stimmrecht **70** 12, Stimmrechtsmissbrauch **70** 405, Teilgewinnabführungsvertrag **70** 292, Überschuldung **70** 92, 401, unrichtige Wiedergabe des Jahresabschlusses **70** 405, Unternehmensverträge **70** 291 ff., Verantwortlichkeit der Verwaltungsmitglieder **70** 310 f., 318, verbundene Unternehmen **70** 15, 291 ff., Verfassung **70** 76 ff., Verlust **70** 92, 401, Vertretung **70** 78 ff., 269, Vertretung gegenüber Vorstandsmitgliedern **70** 112, Vorstand **70** 76 ff., Wandelschuldverschreibungen **70** 221, wechselseitige Beteiligung an anderen Unternehmen **70** 19, 328, Zahlungsunfähigkeit **70** 92, 401, zuständiges Gericht **70** 14, Zweigniederlassungen **70** 42 ff.

Aktiengesetz **70**

Aktienregister Eintragung der Namensaktie **70** 67

Aktionär Abfindung bei Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag **70** 305, Abschlagszahlung **70** 59, Anfechtung von Beschlüssen der Hauptversammlung **70** 245, Anspruch auf Bilanzgewinn **70** 58, Anspruch auf Mitteilungen **70** 125, Antrag auf gerichtliche Entscheidung über Zusammensetzung des Aufsichtsrats **70** 98, Anträge **70** 126, Aufforderung zur Abholung der neuen Aktien **70** 214, Ausgleichsanspruch bei Gewinnabführungsvertrag **70** 304, Auskunftsrecht **70** 131 f., 326, Bezugsrecht **70** 186 f., Einlage **70** 54, 57, 63, 93, Forum **70** 127a, Gewinnbeteiligung **70** 60, Gleichbehandlung **70** 53a, Gründer der AG **70** 28, Haftung **70** 62, Hauptversammlung **70** 118, keine Befreiung von Leistungspflichten **70** 66, keine Rückgewähr **70** 57, keine Verzinsung der Einlagen **70** 57, Ordnungswidrigkeiten **70** 405, Rechtsverhältnis zur Gesellschaft **70** 53a ff., Sacheinlagen und Sachübernahmen **70** 27, 41, säumiger –, Ausschluss **70** 64 f., Sonderbeschlüsse **70** 138, Sondervorteile **70** 26, Verbot von Zahlungen an **70** 230, Vergütung von Nebenleistungen **70** 61, Verpflichtungen **70** 54 ff., 66, Vorzugsaktionäre, Rechte **70** 140 f., Wahlvorschlag Aufsichtsratswahl **70** 137, Wahrung der Rechte **70** 216, Widerspruch gegen Hauptversammlungsbeschluss **70** 145, Zahlungspflicht des Vormannes **70** 65, Zustimmung zu Satzungsänderung **70** 180

Aktionäre Verarbeitung/Berichtigung personenbezogener Daten der – **70** 67e

Aktionärsforum **70** 127a

Aktionen, gemeinsame **70** 25

Aktives Wahlrecht Gesellenaussschuss **53** 70, Gesellenmitglied **53** 98, selbständiger Handwerker **53** 96

Akzept **60**, 62, s. *Annahme*, s. *Wechsel*

Akzessorietät Hypothek **60** 1153

Alkoholausschank Erlaubnis **54** 3 ff., Verbot **54** 19 f., Vereine, Gesellschaften **54** 23

Alkoholfreie Getränke Ausschank **54** 6

Alkoholische Getränke Jugendschutz 55 9

Allgemeine Geschäftsbedingungen Einbeziehung in Vertrag 60 305, 305a, Individualabrede 60 305b, Inhaltskontrolle 60 307, Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit 60 308, Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit 60 309, Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit 60 306, Überraschende Klauseln 60 305c, 306a, Unterlassungsanspruch 65 1, 3, 6 ff., Widerrufsanspruch 65 1, 3, 6 ff.

Allgemeiner Kündigungsschutz 91 1 ff.

Allgemeines Freiheitsrecht 10 2

Allgemeinverbindlichkeit Tarifvertrag 90 5

Ältere Rechte Löschung einer eingetragenen Marke wegen des Bestehens – 81 157

Älterer Zeitrang Markenrecht 81 12, richtige Markenregistrierung 81 51

Alternativobligation 60, s. *Wahlschuld*

Altersgrenze 30 4

Amortisation 62 341c, Geschäftsanteil, GmbH 71 34

Amtliche Beglaubigung Ablichtungen 40 33, Abschriften von Urkunden, Unterschrift 40 34

Amtsauer Bundeskanzler 10 69, Bundesminister 10 69, Bundespräsident 10 54, ehrenamtlicher Richter 43 25, Handwerkskammermitglieder 53 103, während Verteidigungsfall 10 115h

Amtsdelikt 60 839, 841

Amtseid 30 11, Bundeskanzler 10 64, Bundesminister 10 64, Bundespräsident 10 56

Amtsgericht Abnahme der eidesstattlichen Versicherung 60 261, Anmeldung der AG 70 36 ff., Ermächtigung, Vereinsmitgliederversammlung 60 37, Vereinsregister 60 21, 55, Vereinsvorstandsbestellung 60 29, Zuständigkeit, Vereinssachen 60 60 ff., Zustellung von Willenserklärungen 60 132

Amtshaftung 60 839

Amtshilfe 10 35, 30 27, 40 4, 43 14, Auswahl der Behörde 40 6, Durchführung 40 7, Kosten 40 8, Voraussetzungen und Grenzen 40 5

Amtspflichtverletzung 60 839, 841, ehrenamtlicher Richter 43 24, Haftung 10 34

Amtsprache 40 23, Markenrechtsangelegenheiten 81 93

Amtszeit 30 4, 98, 105, Aufsichtsratsmitglieder 70 30, 102, Vorstandsmitglieder 70 84

Analogieverbot 10 103

Anatozismus 62 353, 355

Änderung Anlage 57 15 f., Aufbewahrung, Verwahrer 60 692, Aufsichtsrat der AG, Bekanntmachung 70 106, im Vertrag bezeichneter Dritter, Leistungsversprechung 60 332, Inhalt eines Rechts 60 877, Klage 43 91, Konzern- und Unternehmensverträge 70 295, Lagebericht 70 173, landwirtschaftliche Bestimmung der Pachtsache 60 590, öffentliche Straße 57 41, Recht, Nießbrauch 60 1071, Satzung der AG 70 179 ff., Schienenweg 57 41, verpfändetes Recht 60 1276, Verträge 20 48, 21 218, Verwaltungsgerichtsurteil im Berufungsverfahren 43 129, Vorstand der AG 70 81

Änderungskündigung 91 2

Androhung Besitzaufgabe bei Gläubigerverzug 60 303, Pfandverkauf 60 1234, Pfandversteigerung 60 1220, Versteigerung, geschuldete Sache 60 384, Zwangsmittel 42 13

Aneignung 60 958 ff., Aufgabe des Eigentums 60 959, Bienenschwarm 60 961 ff., wilde Tiere 60 960

Anerkennung von Diplomen 21 53

Anfall Stiftungsvermögen 60 87c, Vereinsvermögen 60 45 ff.

Anfechtbarkeit Einrede des Bürgen 60 770, Frist, Willenserklärung 60 121, 124, Patentgerichtsentscheidung 81 82,

wegen arglistiger Täuschung 60 123, wegen Drohung 60 120, 123 f., wegen Irrtums 60 119, Willenserklärung 60 119 ff., 142, 143

Anfechtung Frist, Willenserklärung 60 121, 124, Hauptversammlungsbeschlüsse der AG 70 243 ff., 251, 254 f., 257, 320b, Kostenentscheidung 43 158, Kostenfestsetzung 43 164, Leistungsbestimmung, Vertrag 60 318, Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern, AG 70 251, Widerspruchsbeseid 43 115

Anfechtungsbefugnis Gesellschafter 62 111

Anfechtungserklärung Willenserklärung 60 143

Anfechtungsfrist Willenserklärung 60 121, 124

Anfechtungsklage 43 42, 68–80a, 62 110 ff., Anhörung Dritter 43 71, aufhebende Wirkung 43 80, Beteiligung Dritter 43 80a, Frist 62 112, Gegenstand 43 79, Gesellschaft 62 113, Widerspruchsverfahren 43 68

Angabe falsche – im Handelsregister, Strafbarkeit 71 82, falsche – von Abwicklern, Aufsichtsratsmitgliedern, Gründern oder Vorstandsmitgliedern der AG 70 399

Angebot Leistung, Gläubigerverzug 60 294 ff.

Angemeldete Marken 81 31

Angestellter Haftung für 60 278, in Läden/Warenlagern 62 56, in leitender Stellung, Kündigungsschutz 91 14, Kündigungsfristen 60 622, 626, und Handelsvertreter 62 84, Vergütung im Krankheitsfall 60 616

Angriffskrieg 10 26

Anhang Konzern– 62 313, zum Jahresabschluss eingetragene Genossenschaft 62 336 ff., zur Bilanz u. Gewinn- u. Verlustrechnung, Kapitalgesellschaft 62 268, 284 ff., zur Gewinn- u. Verlustrechnung, Kapitalgesellschaft 62 340c

Anhörung Arbeitnehmer 21 154, Beteiligte 40 28, Betroffene 20 11, Dritter, Anfechtungs- und Verpflichtungsklage 43 71, Markenrechtsangelegenheiten 81 60, Unterlassungsklage 65 8, Verfahren vor Kartellbehörde 82 56

Anhörungsruge 43 152a

Anhörungsverfahren 40 73

Anklage gegen Bundesrichter 10 98

Anklage gegen den Bundespräsidenten 10 61, 30 13 Nr. 4, 49 ff., Frist für Erhebung 30 50, Rücknahme 30 52, Voruntersuchung 30 54

Anklage gegen Richter 30 13 Nr. 9, 58 ff., anhängige Disziplinarverfahren 30 60 f., Geltung für Landesrichter 30 62

Anlage bauliche 60 1022, Beschaffenheit 57 32 f., 36, der Landesverteidigung 57 60, gefährdende 60 907, Unterhaltung 60 1021

Anlage, genehmigungsbedürftige 57 4 ff., Änderung 57 15 f., Anforderungen 57 7, Auskunftspflichten der Betreiber 57 31, Ausschluss privatrechtlicher Abwehrrsprüche 57 14, Beseitigung 57 20, Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz 57 53 ff., Einwendungen Dritter 57 11, Errichtung und Betrieb 57 4 ff., Genehmigung 57 4, 6, 10, 12 f., Messungen 57 26, 28 f., 30, nachträgliche Anordnungen 57 17, Pflichten der Betreiber 57 5, 27, 51b, 53 ff., 58a ff., sicherheitstechnische Prüfungen 57 29a f., Stilllegung 57 20, Störfallbeauftragter 57 58a ff., störfallrelevante Änderung 57 16a, Teilgenehmigung 57 8, Untersagung 57 20, Vorbescheid 57 9, wesentliche Änderung 57 16, Widerruf der Genehmigung 57 21

Anlage, nicht genehmigungsbedürftige 57 22 ff., Anforderungen 57 23, Anzeigeverfahren 57 23a, Messungen 57 26, 29, 30, Pflichten der Betreiber 57 22, 31, Stilllegung und Beseitigung 57 25, Untersagung 57 25

Anlagensicherheit Kommission für 57 51a

Anlagevermögen in Bilanz 62 266, Jahresbilanz der AG 70 266, Währungsumrechnung 62 340h, Wertansatz 62 253

Anlegung

Anlegung eingezogenes Geld **60** 1288, Kapital bei Nießbrauch **60** 1079

Anmeldepflicht elektronisch **82** 39, Unternehmenszusammenschluss **82** 39

Anmeldetag Marke **81** 33

Anmeldung AG **70** 36 ff., 45, 81, 181, 184, 188, 195, 201, 210, 223, 227, 239, 263, 266, 273, 277, 294, 298, Änderung der Vereinssatzung **60** 67, 71, Aufbewahrung von Dokumenten **60** 66, Auflösung GmbH **71** 65, Erhöhung des Stammkapitals, GmbH **71** 57, Errichtung einer Zweigniederlassung **70** 42, GmbH zur Eintragung **71** 7 ff., 39, 78, 79, Kapitalerhöhung bei AG **70** 184, 188, KommAG **70** 289, Liquidatoren des Vereins **60** 76, Liquidatoren, GmbH **71** 67, Marke **81** 6, 9, 32, 36 ff., 103, Partnerschaft **72** 4, Unterlagen, GmbH **71** 8, Vereinsauflösung **60** 74, 77, Vereinseintragung **60** 59 ff.

Anmeldung ins Handelsregister Änderungen **62** 31, 34, 106, fakultative – Firma **62** 3, Gesellschaft **62** 162, juristische Person **62** 33 f., Kommanditgesellschaft **62** 162, obligatorische –, Firma **62** 14, 16, 29, 31, OHG **62** 106 ff., Prokura **62** 8–16, 53

Anmeldung zum Handelsregister Abänderung GmbH-Vertrag **71** 54

Anmeldungspflicht **62** 14, 16, 29

Annahme an Erfüllung statt **60** 364, Antrag im Handelsgeschäft **62** 362, Antrag, Vertrag **60** 146 ff., Anweisung **60** 784, 787, Güter **62** 96, 373, mangelhafte Mietsache **60** 536b, mangelhafte Sache, Kauf **60** 442, Schlussnote **62** 94 f.

Annahme als Kind **62** 22

Annahmefrist Antrag auf Vertrag **60** 147, 148

Annahmeverhinderung Gläubigerverzug **60** 299

Annahmeverzug Besteller, Werkvertrag **60** 644, Dienstleistung **60** 615, Gläubiger **60** 293 ff., Handelskauf **62** 373, Selbsthilfeverkauf **62** 373

Anordnung einstweilige **43** 123, persönliches Erscheinen **43** 95

Anpassung öffentlich-rechtliche Verträge **40** 60

Anrechnung Abfindung auf entgangenen Zwischenverdienst **91** 11, Besitzzeit, Ersitzung **60** 942, 943, Draufgabe auf geschuldete Leistung **60** 337, Leistung auf mehrere Forderungen **60** 366, Leistung auf Zinsen und Kosten **60** 367

Anrufungsfrist Arbeitsgericht **91** 4 ff.

Anschaffungskosten Bewertung in Bilanz **62** 255, Geschäftsanteil **71** 57o

Anschlussberufung **43** 127

Anspruch Abtretung, Herausgabe **60** 931, 934, Anhörung der Datenschutzbehörde **65** 12a, aus Eigentum **60** 985 ff., aus Miteigentum **60** 1011, Auskunft zur Durchsetzung von – **65** 13 f., Belohnung bei Auslobung **60** 659, Beseitigung der Besitzstörung **60** 862, Beseitigung der Eigentumsbeeinträchtigung **60** 1004, Beseitigung einer Vormerkung **60** 886, Bürge auf Befreiung **60** 775, Erlöschen bei Besitz **60** 864, Erlöschen bei Produkthaftung **64** 13, gegen den früheren Inhaber einer Firma **62** 26, Gehalt bei Krankheit **62** 63, Grundbuchberichtigung **60** 894, Handelsvertreter auf Provision **62** 65, 86b, 87 f., Löschung einer Hypothek **60** 1179a, 1179b, missbräuchliche Geldtendmachung **65** 2c, Pfandrückgabe bei Einrede **60** 1254, Verjährung **62** 26, 88, 323, Verwendungsersatz **60** 994 ff., Vormerkungsberechtigter **60** 888, Wiedereinräumung des Besitzes **60** 861

Ansprüche aus dem Eigentum Ansprüche des früheren Besitzers **60** 1007, Befriedigungsrecht, Besitzer **60** 1003, Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch **60** 985 ff., Besitzmittler **60** 991, bösgläubiger Besitzer **60** 990, deliktischer Besitzer **60** 992, Eigentumsvermutung für Besitzer

60 1006, Ersatz von Verwendungen **60** 994 ff., Herausgabe der Nutzungen **60** 987, 988, Herausgabe der Sache **60** 985, 986, Klage auf Verwendungsersatz **60** 1001, redlicher Besitzer **60** 993, Schadensersatz **60** 989, Verfolgungsrecht **60** 1005, Wegnahmerecht, Besitzer **60** 997, Zurückbehaltungsrecht, Besitzer **60** 1000

Anspruchsberechtigte bei einem Verstoß gegen die VO (EU) 2019/1150 **80** 8a

Anstandsschenkung keine Rückgabe **60** 534

Anstiftung unerlaubte Handlungen **60** 830

Anteil an Unternehmen **62** 271, anderer Gesellschafter, Bilanzausgleichsposten **62** 307, Gemeinschaft **60** 742 ff., Gesellschafter der OHG **62** 120–122, Gesellschaftsvermögen **60** 719, 722, 725, 734, 738, Miteigentum **60** 1008, 1066, 1258, Pfandrecht an Miteigentümer- **60** 1258, stille Gesellschafter **62** 336 f., 341

Anteilscheine vor Ausgabe von Aktien **70** 8

Anteilsrechte AG, Verbot der Übertragung **70** 41

Antrag Aktionäre **70** 98, 126, Annahme durch Schweigen **62** 362, Form **40** 64, Tagebuchvorlegung **62** 102, Vertragsschluss **60** 145 ff., Vorlegung der Handelsbücher **62** 45

Antragskonferenz **40** 71e

Anweisung **60** 783, 792, Annahme **60** 784, Anzeigepflicht des Empfängers einer **60** 789, auf Schuld **60** 787, Auszahlung **60** 785, Erlöschen **60** 791, kaufmännische **62** 363 ff., Tod oder Geschäftsunfähigkeit **60** 791, Übertragung **60** 792, Valutaverhältnis **60** 788, Wesen **60** 783, Widerruf **60** 790, zwecks Leistung **60** 788

Anzahlungsverbot Teilzeit-Wohnrechtvertrag **60** 486

Anzeige Eigentumsübertragung der Mietsache **60** 566e, Erlöschen der Vollmacht **60** 170, Forderungsabtretung **60** 409, Gläubiger bei Bürgschaft auf Zeit **60** 777, Gläubiger, Pfandrecht **60** 1280, Handelsvertreter **62** 86, Kommissionär **62** 384, 388, 391, 400 f., 405, Makler **62** 94, Selbsthilfeverkauf **62** 379, Tod des Beauftragten **60** 673, Verdacht eines Subventionsbetrugs **56** 6, Versicherter an Hypothekengläubiger **60** 1128, Warenmangel **62** 55, 91, Werkvertrag **60** 639

Anzeigepflicht Ablehnung des Auftrags **60** 663, Abweichung von Weisungen, Auftrag **60** 665, Änderung der Aufbewahrung **60** 692, Anweisungsempfänger **60** 789, Entlassungen durch Arbeitgeber **91** 17, Finder **60** 965, handwerksähnliches Gewerbe **53** 18, Hinterlegung **60** 374, Lieferung mangelhafter Ware **62** 377, 388, 391, Nießbraucher **60** 1042, selbständiger Handwerker **53** 16, stehendes Gewerbe **52** 14, Tod eines Gesellschafters **60** 727, Übernahme der Geschäftsführung **60** 681, Unternehmenszusammenschluss **82** 39, Verderb, Pfandgläubiger **60** 1218

Anzeigeverfahren für nicht genehmigungsbedürftige Anlagen **57** 23a

Arbeit Recht auf – **23** 15

Arbeiter Kündigungsfristen **60** 622, 626, Vergütung im Krankheitsfall **60** 616

Arbeitgeber **90** 2, 12, Haftung bei Betriebsübergang **60** 613a, Maßregelungsverbot **60** 612a, Weisungsrecht **52** 106

Arbeitgebervereinigung **90** 2, 12

Arbeitnehmer **21** 45 ff., 50, 114, 151 ff., Abfindung **91** 9 ff., Benachteiligungsverbot **60** 611a, Beweislast bei Haftung **60** 619a, Kündigungsfristen **60** 622, 626, neues Arbeitsverhältnis **91** 12, Recht auf Unterrichtung und Anhörung **23** 27

Arbeitnehmerähnliche Person **90** 37

Arbeitsbedingungen **21** 153, 156, Anspruch auf verbindliche **90a** 4 f., Aufhebung festgesetzter **90a** 7, gerechte und angemessene **23** 31, Wiederherstellung der früheren **91** 8

Arbeitsentgelt 21 157, 52 107, 108
Arbeitsgericht Anrufung 91 4 ff., Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch -surteil 91 9
Arbeitskampf Kündigung im 91 25
Arbeitslosigkeit Wahlrecht 53 71a
Arbeitsorte 21, s. *Sitz*
Arbeitsplatzausschreibung 60 611b
Arbeitsrecht 21 153
Arbeitsschutz Straf- und Bußgeldvorschriften 52 147
Arbeitsuchende Zusammenwirken hinsichtlich der Grund-sicherung 10 91e
Arbeitsumwelt 21 114, 153
Arbeitsverhältnis Auflösung 91 12, 16, Auflösung durch Gericht 91 9, Kündigungsfristen 60 622, Lösung 60 620 ff., Minderjährige 60 113, neues 91 12, 16, Schrift-form von Kündigung, Auflösungsvertrag, Befristung 60 623, Unwirksamkeit der Kündigung bei Betriebsüber-gang 60 613a
Arbeitsvermittlungsdienst Recht auf Zugang 23 29
Arbeitsvertrag 60 611a, 61 30, gewerbliche Arbeitnehmer 52 105
Architekten- und Ingenieurleistungen Planungswettbe- werbe für – 83 78 ff.
Architektenvertrag 60 650p ff.
Arglist Verkäufer 62 377 f.
Arglistenrede Forderung aus unerlaubter Handlung 60 853
Arglistige Täuschung Anfechtung, Willenserklärung 60 123, 124, Bestimmung der Leistung durch Dritte 60 318
Arglistiges Verschweigen Schenker 60 523, 524, Verkäu- fer 60 438, 444, Verleiher 60 600
Arzneimittelhaftung 64 15
Assoziiertes Unternehmen 62 311, 312
Assoziierung 21 3, 198 ff., 217, 349
Asyl 20 3
Asylpolitik 21 78
Asylrecht 10 16a, 23 18
Audierte Unternehmensstandorte 57 58e
Aufbewahrung 60, s.a. *Verwahrung*; beanstandete Waren 62 362, 379, hinterlegte Sachen 60 688 ff., kaufmänni- sche Unterlagen 62 8a, 257–261, Probe 62 96, Wertsä- chen durch Gastwirt 60 702 ff.
Aufenthalt Hauptschuldner 60 772, 773, 775, unbekannter – des Zustellungsempfängers 60 132
Aufenthaltsfreiheit 23 45
Aufforderung Anmeldung von Ansprüchen, Gläubiger des Vereins 60 50, Erklärung über Schenkungsannahme 60 516, Genehmigung der Schuldübernahme 60 415, 416, Genehmigung von Rechtsgeschäften 60 108, 177, Geneh- migung von Verwendungen 60 1003
Aufgabe Aufsichtsrat 70 111, Besitz 60 303, 856, 959, 1007, Eigentum an beweglichen Sachen 60 959, GmbH- Geschäftsführer 71 40 ff., GmbH-Gesellschafter 71 46, Grundstückseigentum 60 928, Handelsvertreter 62 86, Hauptversammlung 70 118, Liquidatoren der GmbH 71 70, Nießbrauch 60 1064, Pfandrecht 60 1255, Rechte an Grundstücken 60 875, Sicherheit durch Bürgschaftsgläu- biger 60 776
Aufgabenwahlausschüsse 52 32
Aufgebot Grundstückseigentümer 60 927, Hypotheken- brief 60 1162, Hypothekengläubiger 60 1170, 1171, 1188, Reallastberechtigter 60 1112, Schuldverschreibung 60 799 ff., 808, Vorkaufsberechtigter 60 1104, Vormer- kungsgläubiger 60 887
Aufgebotsverfahren Kraftloserklärung von Aktien und Zwischenscheinen 70 72, Orderpapiere 62 365

Aufhebung Entscheidung 43 130, Gemeinschaft 60 749 ff., Hypothek 60 1165, 1183, Nießbrauch 60 1062, 1064, Pfandrecht 60 1255, Planfeststellungsbeschluss 40 77, Recht an Grundstücken 60 875, 876, Recht bei Nießbrauch 60 1071, Unternehmensverträge 70 296, ver- pändertes Recht 60 1276, Vorzug von Aktien 70 141, Widerspruchsbescheid 43 115, Wohnsitz 60 7, 8
Auflage Bundespräsident 10 61, Richter 10 98, Schenkung 60 330, 525 ff.
Auflassung 60 925, Aufrechnung 60 387 ff., gegen be- schlagnahmte Forderung 60 392, gegen Gesellschaftsfor- derungen 60 719, keine – gegen unpfändbare Forderung 60 387, 394, Wirkung 60 389
Auflösende Bedingung Mietverhältnis 60 572, Rechtsge- schäft 60 158 ff.
Auflösung Arbeitsverhältnis 91 12, 16, Arbeitsverhältnis durch Gericht 91 9, Bilanzrückstellung 62 249, Gesell- schaft 60 726 ff., Handwerksinnung 53 76, Partnerschaft 72 9, stille Gesellschaft 62 235, Verein 60 41, 45 ff., 74
Auflösung, AG 70 262–274, gerichtliche 70 396 ff., KommAG 70 289, 396 ff., Rücklagen bei Kapitalherab- setzung 70 231
Auflösung, GmbH 71 60 ff., Anmeldung zum Handelsre- gister 71 65, durch gerichtliches Urteil 71 61, durch Ver- waltungsbehörde 71 62, Gründe 71 60, Liquidation 71 66 ff.
Auflösungsklage GmbH 71 61
Aufrechnung 62 414, bei Gesamtgläubigerverhältnis 60 429, bei Gesamtschuldverhältnis 60 422, bei Schuldüber- nahme 60 417, bei verschiedenen Leistungsorten 60 391, Einlage bei AG, keine – gegen Zahlungsverpflichtung 70 66, Einrede, Bürgе 60 770, Einrede, Grundstücksei- gentümer 60 1137, Erfüllung einer Verbindlichkeit durch –, Unwirksamkeit des Rücktritts 60 352, Form 60 388, gegen abgetretene Forderung 60 406, gegen Mietforde- rung 60 556b, 566d, gegen Mietzins bei Hypothek 60 1125, gegen öffentlich-rechtliche Forderung 60 395, ge- gen Pachtzins bei Hypothek 60 1125, keine – gegen For- derung aus unerlaubter Handlung 60 393, keine – gegen unpfändbare Forderung 60 394, keine – mit einredebehafteter Forderung 60 390, mehrere Forderungen 60 396, nach Verjährung 60 215, zur Befriedigung des Gläubi- gers durch Dritte 60 268, zur Befriedigung des Hypothe- kengläubigers 60 1142, zur Befriedigung des Pfandgläu- bigers 60 1224
Aufrechnungsrecht Mieter 60 556b, 566d
Aufrechnungsverbot einredebehaftete Forderung 60 390, Forderung aus unerlaubter Handlung 60 393, unpfändba- re Forderung 60 394
Aufruf Gläubiger der AG durch Abwickler 70 267
Aufschiebende Bedingung Rechtsgeschäft 60 158 ff.
Aufschiebende Einrede 60, s. *Einrede*
Aufschiebende Wirkung Anfechtungsklage 43 80, Anord- nung oder Wiederherstellung 43 80c, Antrag auf Wieder- herstellung 43 80, Beschwerde 43 149, Dauer 43 80b, Ende 43 80b, Widerspruch 43 80
Aufsicht Handwerksinnung 53 75, Handwerkskammer 53 115
Aufsichtspflicht bei Tieren, Haftung 60 833, 834, Verlet- zung, Haftung 60 832
Aufsichtsrat Zustimmungsvorbehalt bei Geschäften mit nahestehenden Personen 70 111b
Aufsichtsrat, AG 70 95 ff., Abberufung 70 103, Änderun- gen 70 106, Aufgaben 70 111, Ausschüsse 70 107, Be- richte des Vorstands 70 90, Beschlussfassung 70 108, Einberufung 70 110 f., erster 70 30, Geheimhaltungs- pflicht 70 404, Haftung 70 117, 147, 310, innere Ordnung 70 107, Namensangabe 70 80, 268, Ordnungswidrigkei-

ten **70 405**, Prüfung des Lageberichts **70 170 f.**, Rechte **70 111**, Sachgründung **70 31**, Sitzungen **70 107, 109**, Stellvertreter **70 101, 107**, Strafvorschriften **70 399 ff.**, Überwachung der Bezüge der Vorstandsmitglieder **70 87**, Verantwortlichkeit **70 48, 310**, Vergütung **70 113 f.**, Verpflichtung zur Anmeldung **70 36**, Vertretung gegenüber Vorstand **70 112**, Vorsitzender **70 107**, Wahl der Mitglieder **70 101, 107**, Zugehörigkeit zu Vorstand und –, Unvereinbarkeit **70 105**, Zusammensetzung **70 96 ff.**

Aufsichtsrat, GmbH 71 52

Aufsichtsratsmitglied Strafbarkeit **70 399**

Aufsichtsratsmitglieder, AG Abberufung **70 103**, Amtszeit **70 102**, Bestellung **70 30 f.**, **101, 104, 109**, Kreditgewährung an **70 115**, Nichtigkeit der Wahl **70 250 ff.**, persönliche Voraussetzungen **70 100**, Schadensersatzpflicht **70 117**, Sorgfaltspflicht **70 116**, Vergütung **70 113**, Verträge mit Gesellschaft **70 114**, Wahl **70 101, 107, 137**, Zahl **70 95**

Aufstellung Jahresabschluss **62 264**

Aufstellungspflicht Befreiung von der – **62 292a**

Auftrag **60 662 ff.**, Abweichung von Weisungen des Auftraggebers **60 665**, Anzeigepflicht bei Ablehnung **60 663**, Aufwendungsersatz **60 669, 670**, Auskunft- und Rechenschaftspflicht **60 666**, Begriff **60 662**, entgeltliche Geschäftsbesorgung **60 675**, Fiktion des Fortbestehens bei Erlöschen **60 674**, Geschäftsführung ohne **60 677 ff.**, Haftung für Gehilfen **60 664**, Herausgabepflicht des Beauftragten **60 667**, Kündigung **60 671**, Tod des Beauftragten **60 673**, Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers **60 672**, Unübertragbarkeit **60 664**, Verzinsung des verwendeten Geldes **60 668**, Widerruf **60 671**, zur Bürgschaftsübernahme **60 775**

Auftraggeber, öffentliche Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch – **82 115 ff.**

Auftragsverwaltung **10 85 ff.**

Aufwandsentschädigung Vorstandsmitglieder, AG **70 87**

Aufwandskonsolidierung **62 305**

Aufwendungen Befreiung von Verbindlichkeiten für Ersatz von **60 257**, Ersatz vergeblicher – **60 284**, Verzinsung **60 256**

Aufwendungsersatz **60 256, 257**, Beauftragter **60 669, 670**, Beschenker **60 526**, Finder **60 970, 972**, Geschäftsführer ohne Auftrag **60 683, 685**, Handelsvertreter **62 87d, 88a**, Kommissionär **62 396**, Makler **60 652, 654**, Mieter **60 536a**, Pächter **60 596a**, Schuldner bei Gläubigerverzug **60 304**, Vereinsvorstand **60 27**, vergebliche Aufwendung **60 284**, Verwahrer **60 693**

Ausbesserung Landpachtsache **60 586**, Nießbrauchsache **60 1041 ff.**

Ausbilder persönliche/fachliche Eignung **53 22 ff.**

Ausbildung **21 165, 166, 180**, im Handwerk **53 21 ff.**, Regelung und Überwachung **53 41 f.**, -sordnung, Inhalt **53 26**, Teilzeit **53 27b**

Ausbildungsdauer Verkürzung, Verlängerung **53 27c**

Ausbildungsförderung **43 188**

Ausbildungsnachweise ausländische **53 40a**

Ausbildungsordnung Handwerk **53 25 ff.**, Inhalt **53 26**

Ausbildungsstätte Eignung **53 21, 22a f.**, Eignungsmängel **53 23 f.**, Überwachung **53 23**

Ausbildungsüberwachung Handwerkskammer **53 23**, Regelung, Durchführung **53 41 f.**

Ausbildungsuntersagung Handwerk **53 24**

Ausbildungsverzeichnis **53 28 ff.**

Ausbildungszeit Anrechnung Besuch berufsbildende Schule **53 27a**

Ausbildungszeitänderung Handwerk **53 27a**

Ausdruck Beglaubigung **40 33**

Auseinandersetzung Gesellschaft **60 730 ff.**, **738 ff.**

Ausfuhr von Anlagen, Stoffen, Erzeugnissen, Brennstoffen, Treibstoffen **57 36**

Ausfuhrbeschränkungen **21 35, 215**

Ausführender Frachtführer Haftung **62 437**

Ausfuhrpolitik **21 207**

Ausführung von Urteilen des EuGH **21 260**

Ausgabe Aktien **70, s. Aktienausgabe**

Ausgabebetrag Aktien **70 9**

Ausgaben **20 41, 21 310 ff.**, außerplanmäßige **10 112**, Erhöhung **10 113**, überplanmäßige **10 112**

Ausgabenbemessung **50 5**

Ausgabeneinschränkung **50 6**

Ausgabenverteilung **10 104a**

Ausgeschlossene Personen Verwaltungsverfahren **40 20**

Ausgleichsabgaben **21 44**

Ausgleichsanspruch Handelsvertreter gegen Unternehmer **62 89b**

Ausgleichszahlung **70 293 ff.**, außenstehende Aktionäre **70 304**

Ausgleichspflicht Beamtenhaftung **60 841**, Gesamtgläubiger **60 430**, Gesamtschuldner **60 426**

Aushändigung Anweisung **60 783 ff.**, Schuldverschreibung auf Inhaber **60 797**, Urkunden bei Hypothek **60 1117, 1144, 1167, 1168**, Vollmachtsurkunde **60 172**

Auskunft **21 337, 40 25**, an Behörden/öffentliche Auftraggeber **52 105a**, Genehmigungsverfahren **40 71c**, Gewerbezentralregister **52 150 ff.**

Auskunftsanspruch Markenschutz **81 19**

Auskunftspflicht Abtretender gegenüber neuem Gläubiger **60 402**, Aussteller einer Inhaberschuldverschreibung gegenüber bisherigem Inhaber **60 799**

Auskunftsrecht Aktionär **70 131 f.**, **138, 326**, Vollstreckungsbehörde **42 5b**

Auskunftsverlangen Kartellbehörde **82 59**, Unternehmen/Unternehmensvereinigung **82 59**

Auslagen Handelsvertreter **62 87d**, Kaufmann **62 354**, Kommissionär **62 396 f.**

Ausländer Beschränkung politischer Tätigkeit **22 16**

Ausländische Ausbildungsnachweise **53 40a**

Ausländische Befähigungsnachweise Anerkennung **52 13c**

Ausländische Priorität Markenschutz **81 34**

Auslegung Handlungen und Unterlassungen **62 346**, Verträge **60 157, 314**, Willenserklärung **60 133**

Auslieferung **10 16**, Schutz bei – **23 19**

Auslieferungsprovision Handelsgeschäft **62 396**

Auslobung **60 657 ff.**, Begriff **60 657**, Preisausschreiben **60 661**, Verteilung der Belohnung an mehrere **60 659, 660**, Widerruf **60 658**

Ausnahmebetrieb **91 22**

Ausnahmegericht **10 101**

Ausrichtungs- und Garantiefonds (Landwirtschaft) **21 40**

Ausschank selbsterzeugte Getränke **54 14, 26**

Ausschankpflicht alkoholfreie Getränke **54 6**

Ausschankverbot alkoholische Getränke **54 19**

Ausscheiden Gesellschafter **60 736 ff.**

Ausschlagung Erbschaft **60 517**

Ausschließliche Lizenz Markeninhaber **81 30**

Ausschließliches Recht Inhaber einer geschäftlichen Bezeichnung **81 15**, Markeninhaber **81 14**

Ausschließung Forderungsabtretung **60 399, 405**, Gesellschafter **60 737 ff.**, Grundstückseigentümer, Aufgebotsverfahren **60 927**, keine – der Verjährung durch Rechts-

geschäft **60** 225, Übertragung der Anweisungen **60** 792, vom Gewerbebetrieb **62** 7

Ausschluss Aufhebung der Gemeinschaft **60** 750, 751, Aufrechnung **60** 391 ff., Beschwerde **43** 152, Einrede der Vorausklage bei Bürgschaft **60** 773, Ersatzansprüche des Geschäftsführers **60** 685, Finderlohn **60** 978, Gerichtspersonen **43** 54, Gewährleistung, Kauf **60** 433, 444, Gewährleistung, Miete **60** 536d, Gewährleistung, Werkvertrag **60** 639, Revision bei – der Berufung **43** 135, Rückforderung bei ungerechtfertigter Bereicherung **60** 814, Rückforderung des Geschenkes **60** 529, Rücknahme bei Hinterlegung **60** 376, 378, säumige Aktionäre **70** 64, Stimmrecht **70** 136, unbekannter Berechtigter bei Vorkaufsrecht **60** 1104, unbekannter Gläubiger **60** 887, unbekannter Gläubiger bei Hypothek **60** 1170, 1171, Verantwortlichkeit bei unerlaubten Handlungen **60** 827, 828, vom Amt des ehrenamtlichen Richters **43** 21, vom Richteramt **30** 18, Weisungen, Unternehmensvertrag **70** 299

Ausschlussfrist Ansprüche aus Reisevertrag **60** 651g, Wiederkaufl **60** 462

Ausschreibung Arbeitsplatz **60** 611b

Ausschuss **40** 88 ff., Aufsichtsrat der AG **70** 107, 109, der Regionen **20** 13, 21 305 ff., der Ständigen Vertreter **21** 240, förmliches Verfahren **40** 71, für Angelegenheiten der Europäischen Union **10** 45, für auswärtige Angelegenheiten **10** 45a, für Verteidigung **10** 45a, Gemeinsamer **10** 53a, 115e, Handwerksinnung **53** 67, Handwerkskammer **53** 110, Petitions- **10** 45c, rechtliche Stellung **21** 242, Untersuchungs- **10** 44, Vermittlungs- **10** 77, Wahlen **40** 92

Außen- und Sicherheitspolitik **20** 23 ff.

Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge **312b** ff., Informationspflichten **60** 312d, Widerrufsrecht **60** 312g

Außerordentliche Kündigung **91** 13, Darlehensvertrag **60** 490

Außerordentliches Zurückbehaltungsrecht **62** 370

Aussetzung anhängiger Disziplinarverfahren während Richteranklage **30** 60, Verfahren **30** 33, **43** 51, 75, Verhandlung **43** 94

Ausspielvertrag **60** 763

Aussteller Inhaberschuldverschreibung **60** 793 ff.

Ausstellung **52** 65 ff.

Ausstellungspriorität Markenschutz **81** 35

Austauschvertrag **40** 56

Austritt aus der Union **20** 50, Verein **60** 39, 58

Ausübung Dienstbarkeiten **60** 1020 ff., 1092, Nießbrauch **60** 1036, 1059, Rechte **60** 226 ff., Vorkaufsrecht **60** 463 ff., 1097 ff.

Ausübungsberechtigung **53** 7b

Auswahl mehrere Pfänder zum Verkauf **60** 1230, Sonderprüfer AG **70** 143, Vertragsprüfer **70** 293d

Auswärtige Angelegenheiten Ausschuss für **10** 45a, Bundeszuständigkeit **10** 32, 59, 73, Länderzuständigkeit **10** 32

Auswechslung Forderung bei Hypothek **60** 1180

Ausweis Kapitalherabsetzung **70** 240

Ausweisung Schutz bei – **23** 19

Automatisiertes Auskunftsverfahren **52** 150f

Automatisierung Vereinsregisterführung **60** 55a

Bankiergeschäfte als Handelsgewerbe **62** 1, Erwerb fremder Inhaberpapiere **62** 367

Bankkrisen allgemeine –, Vorsorge **62** 340f, Sonderposten **62** 340g

Barabfindung Aktionär **70** 320b, 327b

Basiszinssatz **60** 247

Bauartzulassung **57** 33, Spielgeräte **52** 33c

Baubetreuer, Bauträger **52** 34c

Baugewerbe **91** 22

Bauhandwerkersicherung **60** 648a

Bauliche Anlage Unterhaltspflicht bei Dienstbarkeiten **60** 1020 ff.

Bauliche Veränderung Pflichtverletzung **60** 559d

Bausparkassenvertreter **62** 92, 92b

Bauträgervertrag **60** 650u

Bauvertrag **60** 650a ff., Verbraucherschutz **65** 2

Beamter **10, s.a. Bundesbeamte; Berufsbeamtentum** **10** 33, Gehaltsabtretung **60** 411, Haftung **60** 839, 841, Wählbarkeit **10** 137

Beanstandung Ware **62** 377–379, 382

Bbeauftragter Abweichung von Weisungen **60** 665, Auskunfts- und Rechenschaftspflicht **60** 666, Haftung für Gehilfen **60** 664, Herausgabepflicht **60** 667, Kündigung des Auftrags **60** 671, Tod **60** 673

Bedenkzeit Darlehensvertrag **60** 495

Bedienstete der EU **21** 236

Bedingte Forderung Hypothek **60** 1113, Pfandrecht **60** 1204, 1209

Bedingte Kapitalerhöhung AG **70** 192–201

Bedingtes Kapital AG **70** 152

Bedingung Auflassung **60** 925, auflösende –, Mietverhältnis **60** 572, auflösende – Rechtsgeschäft **60** 158 ff., Aufrechnungserklärung **60** 388, aufschiebende –, Rechtsgeschäft **60** 158 ff., 652

Bedürftigkeit Schenker **60** 519, 528, 529

Beeinträchtigung Dienstbarkeit **60** 916, durch Überbau **60** 916, Eigentum **60** 904, 1004, Erbbaurecht **60** 916, Grunddienstbarkeit **60** 1027 ff., Grundstücksbenuztung **60** 906, Nießbrauch **60** 1065, Pfandrecht **60** 1227

Beendigung Besitz **60** 856, Dienstverhältnis **60** 620 ff., Eingliederung von Unternehmen **70** 327, Gesellschaft **60** 726, Mietverhältnis **60** 542, 568 ff., Nießbrauch **60** 1056, 1072, Unternehmensverträge **70** 296 f.

Beerdigungskosten Getöteter **60** 844

Befähigungsnachweise Anerkennung ausländischer – **52** 13c

Befangenheit **30** 19, **40** 21

Befehls- und Kommandogewalt Bundeskanzler, Verteidigungsfall **10** 115b, Bundesminister für Verteidigung **10** 65a

Beförderung als Handelsgewerbe **62** 1

Beförderungsentgelte und -bedingungen **21** 94 ff.

Beförderungshindernis **62** 419

Befreiender EU/EWR-Konzernabschluss **62** 291

Befreiung Berechtigter bei Vorkaufsrecht **60** 1101, eingebrachte Sachen von Vermieterpfandrecht **60** 562, Käufer bei Vorkaufsrecht **60** 1102, Konzernabschluss **62** 291 ff., Schuldner durch Hinterlegung **60** 378, von Verbindlichkeit für Aufwendungen **60** 527

Befreiungsanspruch Bürge **60** 775

Befriedigung aus dem Nießbrauch unterliegenden Gegenständen **60** 1086, 1087, aus Grundstück, Erlöschen der Hypothek **60** 1113, 1147, 1181, bei Gesamthypothek **60** 1172, 1173, 1182, durch Aufrechnung **60** 1224, durch Bürgen **60** 770 ff., durch Dritte **60** 267, 268, durch Gesamtschuldner **60** 426, durch Hinterlegung **60** 1224, durch persönlichen Schuldner **60** 1164, 1174, durch Pfandverkauf **60** 1228, durch Zwangsvollstreckung **60** 1147, 1277, Gläubiger **62** 371, Kommissionär **62** 398 f., Pfandgläubiger **60** 1224, 1225, 1228, **62** 356, Retentionsberechtigter **62** 371, 373, teilweise – bei Hypothek **60** 1145, unzulässige Vereinbarung **60** 1149

Befriedigungsrecht

1596

Befriedigungsrecht Besitzer **60** 1003, Eigentümer bei Hypothek **60** 1142
Befristung Rechtsgeschäfte **60** 163, Schriftform bei Arbeitsverhältnis **60** 623
Befugnisse der Union **20** 5, **21** 352, Jugendmedienschutz **55** 24b
Beginn bei OHG **62** 123
Beglaubigung Abschrift aus Vereinsregister **60** 79, Anmeldung zur Handelsregistereintragung **62** 12, Dokumente **40** 33, Form **60** 129, Handelsregisterschrift **62** 9, Handzeichen **60** 126, 129, Unterschriften **40** 34, Willenserklärung **60** 129
Begleitpapiere **62** 413, Lagergeschäft **62** 468, Speditionsgeschäft **62** 455, Umzugsgut **62** 451b
Begnadigungsrecht **10** 60
Begrenzung räumliche – des Eigentums **60** 905
Begründung Patentgerichtsentscheidung **81** 79, Verwaltungsakt **40** 39
Behandlungsvertrag **60** 630a ff.
Beherrschende Stellung, Missbrauch **21** 102, 104
Beherrschungsverträge Abfindung für Aktionäre **70** 304 f., AG **70** 291, Ausgleichszahlung für Aktionäre **70** 304, gesetzliche Rücklage **70** 300, Gläubigerschutz bei Beendigung **70** 303, KommAG **70** 291, Leitungsmacht und Verantwortlichkeit **70** 308 ff., Sicherung der außenstehenden Aktionäre, Verfahren **70** 304 ff., Verlustübernahme **70** 302
Behinderte Menschen Ausbildung **53** 42p, behindertengerechte Ausbildungsregelung **53** 42q, berufliche Fortbildung und Umschulung **53** 42s
Behindertengerechte Ausbildungsregelung **53** 42q f.
Behinderung Integration von Menschen mit – **23** 26
Behörde als Beteiligte **43** 61, Auswahl bei Amtshilfe **40** 6, Fund in öffentlicher **60** 978 ff., für Fund zuständige **60** 965 ff., Veräußerungsverbot einer **60** 136, Vollzug gegen **42** 17, Zustimmung bei öffentlich-rechtlichem Vertrag **40** 58
Behördliches Veräußerungsverbot **60** 136
Beihilfen **21** 42, 50, 107, 109
Beiladung **43** 65, 66, keine – im Revisionsverfahren **43** 142
Beirat **40** 88 ff., bei den Landeszentralbanken **51** 9
Beistand gegenseitiger **21** 143, Vertretung durch **40** 14
Beitrag Gesellschafter **60** 705 ff., Handwerkskammer **53** 113, Vereinsmitglieder **60** 58
Beitritt zur Union **20** 49
Beiwohnung außereheliche –, Schadensersatz **60** 825, 847
Bekanntgabe Tarifvertrag **90** 8, Verwaltungsakt **40** 41
Bekanntmachung AG, Form **70** 23, 25, Änderung GmbH-Vertrag **71** 54, Änderungen im Aufsichtsrat der AG **70** 106, Auflösung der GmbH **71** 65, Auslobung **60** 657, 658, Eintragung der Kapitalerhöhung, GmbH **71** 57b, Fund **60** 980 ff., Handelsregistereintragung **62** 10 f., im Internet **40** 27a, öffentliche **43** 56a, Pfandversteigerung **60** 1237, -blatt **60** 50a, Vereinsauflösung **60** 50, Versteigerung **60** 383, 1237, Vollmacht **60** 171, 176, Wirkung **62** 15, Zusammensetzung des Aufsichtsrats der AG **70** 97
Bekennnisfreiheit **10** 4
Belästigungen unzumutbare **80** 7
Belastung gemeinschaftliche Sache **60** 1009, Grundstück **60** 873, 876, **62** 49, 54, Grundstück mit beschränkter persönlicher Dienstbarkeit **60** 1090 ff., Grundstück mit Grunddienstbarkeit **60** 1018 ff., Grundstück mit Grundschuld **60** 1191 ff., Grundstück mit Hypothek **1113** **60** 1114, Grundstück mit Reallast **60** 1105, Grundstück mit Vorkaufsrecht **60** 1094, Grundstücksbruchteil mit Hypothek **60** 1114, Grundstücksbruchteil mit Reallast **60** 1106,

Grundstücksbruchteil mit Vorkaufsrecht **60** 1095, mit Nießbrauch **60** 1030 ff., mit Pfandrecht **60** 1204 ff., Pachtgrundstück **60** 593b, Schiff **60** 578a, Vertrag über **60** 1136
Belohnung Auslobung **60** 657 ff.
Benachrichtigung Eigentümer bei Pfandverkauf **60** 1241, Gläubiger bei Hypothekenübernahme **60** 416, Gläubiger bei Versteigerung der geschuldeten Sache **60** 384, Schuldner bei Hypothek **60** 1166, Unternehmer an Handelsvertreter **62** 86a, Verpfänder bei Pfandversteigerung **60** 1220, Vorkaufsberechtigter bei Kaufvertrag mit Drittem **60** 1099
Benachteiligungsverbot Dienstvertrag **60** 611a, 612, Reisende **60** 651m
beneficium ordinis **60** 771, 773, 777
Benutzung gemeinschaftlicher Gegenstand **60** 745, 746, 748, Grenzanlagen **60** 921, 922, Grundstück **60** 1018 ff., 1090, Kollektivmarke **81** 100, Marke **81** 26, Marke trotz Eintragung **81** 12
Beratung **43** 55, durch Behörde **40** 25, Genehmigungsverfahren **40** 71c
Berechnung Fristen **60** 186 ff., günstigerer Preis bei Selbsteintritt **62** 401, Handelsvertreterprovision **62** 87b, Kaufpreis nach Gewicht **62** 380, Wettbewerbsverbotsentschädigung **62** 74b
Berechtigter Ausschluss des unbekannten –, Reallasten **60** 1112, Ausschluss des unbekannten –, Vorkaufsrecht **60** 1104, dinglich –, Erwerb **60** 954, persönlich –, Fruchtenerwerb **60** 1101
Bereicherung Einrede **60** 821, Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen **60** 951, Fund **60** 977, Geschäftsführung ohne Auftrag **60** 682, 684, Kündigung des Dienstvertrages **60** 628, unerlaubte Handlungen **60** 852, ungerechtfertigte **60** 812 ff., **61** 38
Bereicherungsanspruch Fund **60** 977, gegen Dritten **60** 822, kein – bei Anstandsleistung **60** 814, Umfang **60** 818, unentgeltliche Verfügung **60** 816
Bergwerk Nießbrauch **60** 1038
Bericht Aufsichtsratsmitglieder bei Gebietskörperschaften **70** 394, Unternehmensvertrag **70** 293a, Vorstand an Aufsichtsrat, AG **70** 90, Vorstand über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen **70** 312, 316
Berichtigung Anmeldung einer Marke **81** 39, Gesamtschuld, Gemeinschaft **60** 755, Gesellschaftsschulden **60** 733, Grundbuch **60** 894 ff., 1144, 1145, 1167, Markenregister **81** 45, Patentgerichtsentscheidung **81** 80, Teilhaberschuld, Gemeinschaft **60** 756, Urteil **43** 118, 119
Berichtigungsanspruch Unverjährbarkeit **60** 898
Berichtigungsurkunde Aushändigung bei Hypothek **60** 1144, 1167
Berichtspflicht Verletzung **70** 403
Berlin-Brandenburg Neugliederung **10** 118a
Berufliche Eingliederung **21** 166
Berufliche Fortbildung Auslandserfahrung **53** 42g, behinderte Menschen **53** 42s, einheitliche Anpassungsfortbildung **53** 42e, erste berufliche Fortbildungsstufe **53** 42b, Fortbildungsabschluss Master Professional **53** 42d, Fortbildungsordnung **53** 42, Fortbildungsstufen höherqualifizierter Berufsbildung **53** 42a, Gleichstellung ausländischer Bildungsabschlüsse **53** 42i, Prüfungsausschüsse **53** 42h, Prüfungsregelungen **53** 42f, zweite berufliche Fortbildungsstufe **53** 42c
Berufliche Handlungsfähigkeit individuelle **53** 41b ff.
Berufliche Mobilität **21** 162
Berufliche Umschulung **53** 42j, 42n, behinderte Menschen **53** 42s, Berücksichtigung ausländischer Bildungsabschlüsse **53** 42m, für anerkannten Ausbildungsberuf **53**

42l, gleichwertige Prüfungszeugnisse **53** 420, Prüfungsregelungen **53** 42k
Berufsausbildung **21** 53, 165 f.
Berufsausbildungsverhältnis Verzeichnis **53** 28 ff.
Berufsausbildungsvorbereitung Grundlagen **53** 42u, Personenkreis **53** 42t, Verbot und Anzeigepflicht **53** 42v
Berufsbildung Handwerk **53** 21 ff.
Berufsbildungsausschuss Anhörung **53** 44, Aufgaben **53** 44, Beschlussfassung **53** 44a, Geschäftsordnung **53** 44b, Unterrichtung **53** 44, Zusammensetzung **53** 43
Berufsfreiheit **10** 12, 23 15
Berufsgeheimnis **21** 339
Berufsleben **23** 33
Berufskualifikation Anerkennung **53** 22c
Berufsumschulung **21** 162
Berufung **43** 124 ff., 124–130b, Anschluss- **43** 127, Aufhebung und Zurückverweisung **43** 130, Gesellschafterversammlung **71** 49, 50, neue Erklärungen und Beweismittel **43** 128a, Revision bei Ausschluss **43** 135, Urteil über **43** 130b, Verwerfung **43** 125, Zulässigkeit **43** 124, Zulassung **43** 124a, Zurücknahme **43** 126, Zurückweisung **43** 130a
Berufungsverfahren **43** 125
Besatzungskosten **10** 120
Beschädigung durch Gebäudeeinsturz **60** 836, fremde Sachen **60** 228, 229, Kommissionär **62** 388, 390, Nießbrauchsache **60** 1042
Beschaffenheit Anlagen **57** 23, 32 f., 36, Brennstoffe **57** 34, 36, Erzeugnisse **57** 35 f., Fahrzeuge **57** 38, Schmierstoffe **57** 34, Stoffe **57** 35 f., Treibstoffe **57** 34, 36
Beschaffungsmärkte, öffentliche **21** 179
Beschäftigte Änderung der Dienstverhältnisse **51** 40, der Deutschen Bundesbank **51** 31, Schweigepflicht **51** 32
Beschäftigungspolitik **21** 145 ff.
Beschlagnahme **30** 38, durch Kartellbehörde **82** 58, Forderung, Aufrechnung **60** 392, Grundstück **60** 1124, 1126, Grundstücksbestandteile und -erzeugnisse **60** 1121, 1122, Verletzung von Kennzeichenrechten **81** 146 ff.
Beschleunigte Prüfung Anmeldung einer Marke **81** 38
Beschleunigtes Verfahren **43** 87c
Beschluss **21** 288, **43** 122, bedingte Kapitalerhöhung, Anmeldung **70** 195, bedingte Kapitalerhöhung, Erfordernis **70** 193, Deutsches Patent- und Markenamt **81** 61, Hauptversammlung AG, Nichtigkeit **70** 241 ff., 250 ff., Hauptversammlung AG, Niederschrift **70** 130, Hauptversammlung AG, Satzungsänderungen **70** 179, Herabsetzung des Grundkapitals **70** 223, Patentgericht **81** 70
Beschlussfähigkeit Aufsichtsrat, AG **70** 108, Ausschuss **40** 90, Europäisches Parlament **21** 231, Kommission **21** 250, Rat **21** 238, Senat **30** 15
Beschlussfassung Aufsichtsrat, AG **70** 108, Ausschuss **40** 91, Gemeinschaft **60** 745, Gesellschafter **62** 109, Gesellschaft, GmbH **71** 48, Kapitalerhöhung **71** 57e, Verein **60** 28, 32 ff., 64, 70, Vollversammlung **53** 106
Beschränkt persönliche Dienstbarkeit **1090** ff., Begriff **60** 1090 f., 1091, Unübertragbarkeit **60** 1092, Wohnsrecht **60** 1093
Beschränkte Geschäftsfähigkeit Geschäftsführer **60** 682, Minderjähriger **60** 106 ff., Verjährung bei **60** 206, Vertreter **60** 165, 179, Willenserklärung gegenüber Person mit **60** 131, Wohnsitzbegründung **60** 8
Beschränkte Haftung GmbH **71** 4
Beschränkte Erbbaurecht auf Gebäudeteile **60** 1014, Gebrauch der Mietsache **60** 577, Geschäftsführungsbefugnis, Vorstand der AG **70** 82, Gewährleistung, Miete **60** 537, gewerbliche Tätigkeit der Handlungsgehilfen **62** 74 f., gewerbliche Tätigkeit der Volontäre **62** 82a, Haf-

tung des Gastwirts **60** 702, Handlungsvollmacht **62** 54, Kraftfahrzeugverkehr **57** 40, Nießbrauch **60** 1030, Prokura **62** 50, Vertretungsbefugnis der GmbH **71** 37, Vorkaufsrecht **60** 1097, Vorzug von Aktien **70** 141
Beschwerde **43** 77, 146–152, aufschiebende Wirkung **43** 149, Ausschluss **43** 152, Entscheidung über **43** 150, gegen Entscheidungen des Bundestages (Wahlen) **30** 13 Nr. 3, 48, Recht auf wirksame **22** 13, Zulässigkeit **43** 146
Beschwerdeberechtigung Markenrechtsachen vor BGH **81** 84
Beschwerdegericht Beschwerdeentscheidung **82** 76, Untersuchungsgrundsatz **82** 75 f.
Beschwerdegründe Markenrechtsachen vor BGH **81** 84
Beschwerdesenat Patentgericht **81** 67
Beschwerdeverfahren Markenrechtsangelegenheiten **81** 66, 70 ff., 83 ff.
Beseitigung genehmigungsbedürftige Anlagen **57** 20
Beseitigungsanspruch Besitzstörung **60** 862, Eigentumsbeeinträchtigung **60** 1004, Vormerkung im Grundbuch **60** 886
Besichtigung Sachen **60** 809 ff.
Besichtigungsanspruch Markenschutz **81** 19a
Besitz **60** 854 ff., Aufgabe **60** 303, 959, 1007, Beeinträchtigung **60** 1004, Beendigung **60** 856, bei Dienstbarkeiten **60** 1029, 1090, bösgläubiger Erwerb **60** 990, Eigen- **60** 872, Eigentumsvermutung **60** 1006, Einwendungen bei Entziehung oder Störung **60** 863, Erlöschen der Ansprüche **60** 864, Erwerb **60** 854, 990, mehrstufiger mittelbarer **60** 871, Mitbesitz **60** 866, mittelbarer **60** 868, 870, 871, 930, 932a, 1205, Nießbrauch **60** 1036, Pfandsache **60** 1205, Schutz des mittelbaren Besitzers **60** 869, Selbsthilfe des Besitzers **60** 859, Selbsthilfe durch Besitzdiener **60** 860, 865, Übertragung mittelbaren **60** 870, verbotene Eigenmacht **60** 858, Vererblichkeit **60** 857, Verfolgungsrecht **60** 867, Wiedereinräumung **60** 861, Zurückbehaltungsrecht **62** 369
Besitzdiener **60** 855, Selbsthilfe durch – **60** 860
Besitzentziehung **60** 858 ff.
Besitzer Ansprüche des früheren **60** 1007, Befriedigungsrecht **60** 268, 1003, bewegliche Sache **60** 1006, 1007, bösgläubiger **60** 990, deliktischer **60** 992, Eigen- **60** 872, Einwendungen **60** 986, Ersatz von Verwendungen **60** 994 ff., 999 ff., gutgläubige Ersatzleistung **60** 851, Haftung **60** 991 ff., Haftung bei Gebäudeeinsturz **60** 836, 837, Haftung gegenüber Eigentümler **60** 989 ff., Mit- **60** 866, redlicher **60** 993, Schutz des mittelbaren **60** 869, Selbsthilfe **60** 859, unentgeltlicher **60** 988, Verfolgungsrecht **60** 867, Zurückbehaltungsrecht **60** 1000
Besitzklage **60** 861, 862
Besitzkonstitut **60** 930, 933, 936
Besitzmittlung gutgläubiger Erwerb **60** 933, Haftung **60** 991, Verhältnis **60** 930
Besitzschutz **60** 858 ff., 869, Dienstbarkeiten **60** 1029, 1090, früherer Besitzer **60** 1007
Besitzstörung **60** 858, Beseitigung **60** 862 ff.
Besitzverlust Ersitzungsunterbrechung **60** 940
Bestandsverzeichnis Pflicht zur Aufstellung **60** 260
Bestandteil Abtrennung **60** 997, Eigentumserwerb **60** 953 ff., Erstreckung der Hypothek **60** 1120 ff., Grundstücks- **60** 94 ff., 890, 946, 1120, Grundstücks-, Verwendungs durch Nießbraucher **60** 1043, 1044, von Sachen **60** 93 ff., wesentlicher **60** 93, 94
Bestätigung anfechtbares Rechtsgeschäft **60** 144, nichtiges Rechtsgeschäft **60** 141
Bestätigungsvermerk Abschlussprüfer **62** 322
Besteller Rechte bei Mängeln **60** 634, Rechte des Gläubigers **60** 1086, Verhältnis, Nießbraucher **60** 1087

Bestellschein

Bestellschein Geschäftsbrief 71 35a

Bestellung Abschlussprüfer 62 318, Aufsichtsratsmitglieder 70 30 f., 101, 104, 109, Bevollmächtigter 62 54 ff., Empfangsbevollmächtigter 40 15, Erbbaurecht 60 1015, Hypothek für Inhaberschuldverschreibung 60 1188, Nießbrauch an beweglichen Sachen 60 1032, Nießbrauch an Rechten 60 1069, Nießbrauch an Vermögen 60 1085, Pfandrecht an beweglichen Sachen 60 1205, 1206, Pfandrecht an Rechten 60 1274, Prokurist 62 48, Sonderprüfer, AG 70 142 f., 258, Vertragsprüfer 70 293c, Vertreter bei Hypothek 60 1189, Vertreter von Amts wegen 40 16, Vorkaufsrecht 60 1094 ff., Vorstand AG 70 84 f.

Bestellungskosten landwirtschaftliches Grundstück 60 998

Bestimmtheit Verwaltungsakt 40 37

Bestimmung Gegenleistung, Vertrag 60 316, landwirtschaftliche –, Änderung 60 590, Leistung, Vertrag 60 315 ff.

Bestimmungskauf 62 375

Beteiligter 40 13, 43 63, Akteneinsicht 40 29, 43 100, Anhörung 40 28, Beweisaufnahme 43 96, 97, Ladung 43 102, mehrere – in gleichem Interesse, Vertreter 40 18 f., Tod, Anweisung 60 791, unerlaubte Handlung 60 830

Beteiligung AG, Mitteilungspflichten 70 20 ff., 328, an assoziierten Unternehmen, Wertansatz 62 312, an Unternehmen 62 271, Ergebnis schwebender Geschäfte 60 740, Gebietskörperschaften, Sondervorschriften 70 394 f.

Beteiligungsbasis Angaben im Konzernanhang 62 313

Beteiligungsfähigkeit 40 11

Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen 57 5, 27, 51b, 53 ff., 58a ff., nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen 57 22, Pflichten bei mehreren Vertretungsberechtigten 57 52b

Betrieb der Schifffahrt und des Luftverkehrs 91 24, einzelne Gewerbe, Zulassungsbeschränkungen 52 5, Handelsgewerbe 62 1 f., 343 f., 354, Handelsgewerbevollmacht 62 54, handwerksmäßiger 62 1, jugendgefährdender 55 7, Konkurrenzbetrieb 62 60, Land- u. Forstwirtschaft 62 3, ohne Zulassung 52 15, verschiedene Gewerbe 52 3

Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz Anlage, genehmigungsbedürftige 57 53 ff.

Betriebsbedingte Kündigung Abfindung 91 1a

Betriebsberechtigung selbständiger Handwerker 53 1 ff.

Betriebsfortführung Tod des Handwerkers 53 4

Betriebsgeheimnis 62 90

Betriebskosten Mietverhältnis 60 556, 556a, 560

Betriebspachtvertrag AG, KommAG 70 292

Betriebsplanzulassung nach dem Bundesberggesetz 57 23c

Betriebsrisiko Vergütung 60 615

Betriebsübergabe Landpachtverhältnis 60 593a

Betriebsübergang Rechte und Pflichten aus Dienstvertrag 60 613a

Betriebsüberlassungsvertrag AG, KommAG 70 292

Betriebsverfassung Kündigungsschutz 91 15 ff.

Betrug Anfechtung, Willenserklärung 60 123, Anzeige bei Verdacht eines Subventions- 56 6

Betrügereien 21 325

Beurkundung Abtretung 60 403, Grundstückübertragung 60 873, Handelsregisteranmeldung 62 12, Schenkungsvorsprechen 60 518, Vertrag 60 152, 154, Vertrag des Handelsvertreters 62 85, Willenserklärung 60 126 ff.

Bevollmächtigter 40 14, Definition 41 2, gemeinsamer 43 67a, Handelsgewerbe 62 54 f., 57 f., Zustellung an 41 8

Bewacherregister 52 11b

Bewachungsgewerbe 52 34a, auf Seeschiffen 52 31

Bewegliche Sachen 60, s.a. *Sache(n)*; HGB 62 1, 366

Beweisantrag 43 86

Beweisaufnahme 43 96 ff.

Beweiserhebung 30 26, 43 130, Kartellbehörde 82 57, Patentgericht 81 74

Beweiskraft Frachtbrief 62 409

Beweislast Annahme als Erfüllung 60 363, fristlose Kündigung des Mietvertrages 60 543, Haftung des Arbeitnehmers 60 619a, Produkthaftung 64 1, Umkehr bei Verbrauchsgüterkauf 60 476, Unmöglichkeit der Leistung 60 282, Vertragsstrafe 60 345

Beweismittel 40 26, neue – Berufungsverfahren 43 128a

Beweistermine Teilnahme der Beteiligten 30 29

Beweisurkunde Auslieferung, Schulderlass 60 402

Beweiswürdigung freie 43 108, Patentgericht 81 78

Bewertungsgrundsätze Bilanzerstellung 62 252–256

Bewertungsvereinfachungsverfahren 62 256

Bewertungsvorschriften 62 252 ff., Konzernabschluss 62 308 f.

Bezahlte Karenz 62 74

Bezüge Vorstandsmitglieder, AG 70 87

Bezugsakt 70 192 ff., 199 ff.

Bezugserklärung neue Aktien 70 198

Bezugsrecht Aktien, Genussrechte, Gewinn- und Wandschuldverschreibungen 70 221, Aktionäre 70 186 f., neue Aktien nach Kapitalerhöhung 70 186

Bienenschwarm 60 961 ff., Einzug in fremde Bienenwohnung 60 964, Herrenloswerden 60 961, Vereinigung 60 963, Verfolgungsrecht des Eigentümers 60 962

Bilanz 62 247 ff., Abschnitt 62 358, AG 70 152, 209, 270, Anhang 62 284–288, Bewertungsgrundsätze 62 252–256, Bilanzierungsverbote 62 248, der Kapitalerhöhung zugrunde liegende 70 209, eingetragene Genossenschaft 62 337, Eröffnungsbilanz bei Abwicklung 70 270, GmbH 71 42, 71, Haftungsverhältnisse 62 251, Kapitalgesellschaft 62 246–274, KommAG 70 286, Rechnungsabgrenzungsposten 62 250, verkürzte 62 266, Vollständigkeit; Verrechnungsverbot 62 246

Bilanzgewinn, AG Abschlagszahlung 70 59, Anspruch des Aktionärs 70 58, Verwendung 70 119, 170, 174 ff., 253

Bild- und Tonübertragung Verhandlung im Wege der – 43 102a

Bildschirmspielgeräte Jugendschutz 55 13

Bildträger für kaufmännische Unterlagen 62 238 f., 257, 261, Jugendschutz 55 12

Bildung 21 150, 165 f., Recht auf – 23 14

Billiges Ermessen Auslobung 60 660, Finderlohn 60 971, gemeinschaftliche Nutzung 60 745, Pfandverkauf 60 1246, Vertragsschluss 60 315, 317, 319

Billigkeitsgründe Ersatzpflicht 60 829, Pfandverkauf 60 1246

Billigkeitshaftung unerlaubte Handlungen 60 829

Billigungsfrist Kauf auf Probe 60 455

Bindung an Vertragsantrag 60 145, gesamthänderische 60 719

Bindungswirkung Entscheidung 30 31

Binnengewässer Personentransport 62 1

Binnenmarkt 20 3, 21 3, 26, 38, 113, 114, 115, 175, 179, 309, 347 f.

Biokraftstoff Anforderungen 57 37b, Anteil an verbrauchtem Kraftstoff 57 37a, Gebühren und Auslagen 57 37e, Pflichten der Bundesregierung 57 37a ff., zuständige Stelle 57 37d

Börsennotierung 70 3

Börsenpreis 62 373, 376, 400

Böser Glaube 60 990, 1007

Boikottverbot 82 21

Bremer Klausel 10 141